



KLIMABEWEGUNG

Die Jugend geht auf die Strasse.

3

GILET JAUNES

Soziale Proteste in gelb.

4

FRAUENSTREIK

International am 8. März.

8

BRASILIEN

Ein Angriff gegen alle.

10



Potentiale multiplizieren – Kämpfe verbinden

FRAUENSTREIK Schweizweit rollt seit einigen Wochen eine unberechenbare Welle von Frauenpower durch das Land. Der Schlachtruf vom Frauenstreik von 1991 – Wenn Frau will, steht Alles still! – erschallt von Neuem durch verschiedene Regionen und Städte. Auch wir machen uns bereit.

(fk) Wir erleben gerade eine Zeit ausserordentlicher Frauenbewegungen. Seit mehr als zwei Jahren findet weltweit eine öffentliche Debatte zu Sexismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen statt. Daraus entstanden die #metoo- und #WeTogether-Bewegungen, die bis heute aktiv sind. Immer noch werden zum Thema Womens Marches auf der Strasse organisiert, auch in Zürich.

Am 8. März 2018 wurde der weltweit grösste Frauentreiktag organisiert. In etlichen Ländern auf verschiedenen Kontinenten wurden Millionen von Frauen, aber auch Männer aktiviert. Vorbereitungen sind im Gange, um am 8. März 2019 wieder einen solchen weltweiten Frauentreiktag zu organisieren. In Zürich zieht die alljährliche Frauentdemo zum 8. März so viele Frauen* an, wie schon lange nicht mehr. Die letzten beiden Jahre konnten rund 1500 Frauen* gezählt wer-

den. Auch in Winterthur und Basel finden Aktionen und Demos zum 8. März statt.

Und nun soll also auch noch ein zweiter 14. Juni die Schweiz zunderobsi bringen. Grandios! (auch wenn wir den Schweizer Frauentreik lieber mit der ganzen Welt zusammen am 8. März begangen hätten – aus dem Bezug zur proletarischen Frauengeschichte heraus und vom internationalistischen Aspekt her).

14. Juni 1991

Werfen wir einen Blick zurück: In einer relativ unbewegten Zeit wird die Idee des Frauentreiks von vier Uhrenarbeiterinnen der Romandie geboren. Sie haben die Nase voll davon, dass ihre Löhne für tägliche Schufterei unter strenger Aufsicht monatlich zwischen 1300.- und 1800.- Franken betragen – Löhne, die nicht annähernd lebenskostendeckend sind. Besonders erzürnt sie auch, dass routinierte Arbeiterinnen weniger verdienen als angelernte junge Männer.

Die Arbeiterinnen wenden sich also mit der Idee an die Führungsgremien des SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband). Trotz Vorbehalten gelingt es daraufhin den Zentralsekretärinnen, mit viel Power die Streikidee im SMUV durchzuboxen und selbst den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB davon zu überzeugen. Unglaublich in der Schweiz, dass

der SGB einlenkt, trotz «Arbeitsfrieden», wenig organisierten Arbeiterinnen und wenig sonstigen begleitenden Frauen- und Klassenkämpfen.

Die Zentralsekretärinnen organisieren die Streikkoordination und die Medienarbeit. Der Stein kommt ins Rollen. Streikbroschüren, Knöpfe, Kleber, Plakate, Ballone, alles in hunderttausender Auflagen, werden produziert. Praktisch sämtliche Gewerkschaftsbüros der Schweiz beteiligen sich. 50 Streikkomitees organisieren die Arbeit, verschiedene Frauenorganisationen nehmen teil.

Es geht um die praktische Umsetzung des Gleichstellungsartikels von Frau und Mann, um die Erhöhung der Frauenlöhne, insbesondere auch jene der GrenzgängerInnen, um die Aufteilung und den Wert von Haus- und Familienarbeit, um die Anerkennung derselben in den Sozialversicherungssystemen und entsprechend höhere Renten, eine Mutterschaftsversicherung, gegen sexistische Werbung und Sexismus im Allgemeinen, gegen Gewalt an Frauen, um mehr Frauen in Kaderpositionen, und und und. In sämtlichen Regionen der Schweiz, Städten und Dörfern, ist das Thema präsent. Zahlreiche erpresserische Drohungen seitens der Arbeitgeberverbände lassen die Frauen kalt.

POLITISCHE GEFANGENE

Situation in Palästina

Der palästinensische Widerstand gegen die israelische Besatzung ist zersplittert und geschwächt. Dabei wäre eine Einheit der verschiedenen politischen Kräfte ungemein wichtig, um dem übermächtigen zionistischen Siedlerkolonialismus wirkungsvoll entgegenzutreten. Es lassen sich jedoch kaum aussichtsreiche Ansätze finden. Doch ausgerechnet in den israelischen Knästen lassen sich immer wieder kleine Hoffnungsschimmer ausmachen.



Es ist für die Gefangenen nicht einfach, unter den harten Bedingungen in den israelischen Knästen gemeinsame Aktionen zu organisieren. Die Besatzungsmacht inhaftiert die Gefangenen entsprechend ihrem politischen Hintergrund und verhindert so relativ erfolgreich Verbindungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen. Die Kommunikation untereinander ist schwierig. Meist wird auf Notizzettel zurückgegriffen, die nach einem Besuch von Hand zu Hand wandern, bis sie irgendwann hoffentlich ihren Weg zum Empfänger zurückgelegt haben. So wurde zum Beispiel der grosse Hungerstreik im Jahr 2017 in die Wege geleitet, als 1500 palästinensische Gefangene mit unterschiedlichen politischen Hintergründen gemeinsam gegen das Gefängnisregime kämpften.

Solche Zeichen der Einheit sind in der aktuellen Situation sehr wertvoll. Und dem israelischen Staat ein Dorn im Auge, weshalb dieser die Selbstorganisation der palästinensischen Gefangenen sabotiert und angreift, wie vor wenigen Tagen im Ofer-Gefängnis in der Nähe von Ramallah. Dort werden etwas über tausend palästinensische Gefangene, darunter auch hunderte Kinder, festgehalten. Während Razzien in verschiedenen Zellenblocks wurden die Gefangenen mit Tränengas, Gummischrott, Tasern und Hunden angegriffen, ihr Besitz beschlagnahmt und die Haftbedingungen verschärft. Die Gefangenen wehren sich gemeinsam und organisieren den Widerstand gegen die Angriffe, unter anderem mit Massenprotesten und Hungerstreiks. In einer gemeinsamen Erklärung drückten sie ihren ungebrochenen Willen zum Widerstand aus und erklärten ihren Kampf zur Schlacht um Würde und Einheit.



ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
 Öffnungszeiten auf Anfrage
 E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
 winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich
 im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
 jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
 Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
 Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw),
 Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az),
 Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz),
 Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),
 Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
 Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
 Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Demo gegen das WEF und die kapitalistische Umweltpolitik in Zürich.

Editorial

S^{sd}

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Im Bild

Die Bewegung der Wandervögel war eine SchülerInnen- und StudentInnenbewegung, welche 1901 in einer Phase der fortschreitenden Industrialisierung entstanden ist. Die Wandervögel hatten das Ideal im Einklang mit der Natur zu leben. Mit ihrer Kritik an der Technisierung und Kommerzialisierung des Alltagslebens versuchten sie eine Gegenmacht zu bilden. Hingezogen zu dieser Bewegung fühlten sich vor allem Stadtkinder und Studierende, da die Wandervögel eine andere Lebensweise aufzeigten als die, die sie von zu Hause kannten. Dort war der Erziehungsstil geprägt von Härte und Disziplin.

Streiken für den Klimaschutz und gegen den Kapitalismus

KLIMA Die in vielen Städten angelaufene Streikbewegung von SchülerInnen für einen griffigen Klimaschutz ist zu einer beachtlichen Bewegung angewachsen.

(agb/rabs) Die Jugend setzt sich für die Umwelt ein: Das ist nicht nur Vergangenheit, wie bei den Wandervögeln, sondern auch Gegenwart: In den letzten Wochen gingen schweizweit zehntausende SchülerInnen auf die Strasse, um gegen die Klimapolitik der Regierung und der Eliten in Politik und Wirtschaft zu demonstrieren. Am zweiten schweizweiten Streiktag im Januar waren es 22'000 Schülerinnen und Schüler, die für ein paar Stunden den Unterricht niederlegten um an einer der Demonstration in 14 Städten teilzunehmen. Besonders in der französischsprachigen Schweiz war die Mobilisierung sehr erfolgreich: allein 8000 in Lausanne und 5000 in Genf. In Basel war im Vergleich zum ersten Streiktag kurz vor Weihnachten interessant zu beobachten, dass der Altersdurchschnitt deutlich gesunken war. Zwar waren auch mehr Menschen anwesend, die klar keine SchülerInnen oder StudentInnen waren, dafür auch viel mehr Kinder, die zum Teil mit der ganzen Primarschulklasse gekommen waren.

Anfang Februar fanden in mehreren Schweizer Städten grosse Demonstrationen an einem Samstag statt. Wie um den kritischen Behörden und Lehrpersonen zu zeigen, dass es nicht darum geht, nicht in die Schule zu gehen, sondern um die Sache, waren diese Mobilisierungen sehr gut besucht, über 60'000 Teilnehmende waren insgesamt auf der Strasse. Auch diesmal waren – wie es im Aufruf gefordert wurde – nicht ausschliesslich SchülerInnen dabei.

Die Proteste organisieren sich lokal, sind basisdemokratisch organisiert und ohne reformistische Partei im Hintergrund. Es ist eine Bewegung aus der SchülerInnenenschaft selber, die es bis jetzt wie kaum eine andere Bewegung in den letzten Jahren geschafft hat, die Jugend zu mobilisieren.

Dabei sind die Forderungen einigermaßen radikal: Die Politik wird aufgefordert, den Klimanotstand auszurufen, die Klimakrise soll als solche behandelt werden. Es wird erwartet, dass politische Schritte unternommen werden, den Ausstoss der Treibhausgase bis 2030 auf netto Null zu senken. Das offizielle Ziel des Pariser Klimaabkommens sieht nur eine Reduktion um 50% gegenüber dem Stand von 1990 vor.

Interessant ist jedoch vor allem die dritte Forderung: «Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel!» Diese Forderung wird nicht zufällig gestellt. Sie sagt an sich schon aus, dass die SchülerInnen begriffen haben, dass die Forderungen, weil sie dem Funktionieren des Kapitalismus zuwiderlaufen, in diesem System nicht umsetzbar sind.

Der Kapitalismus ist ein System, bei dem Wachstum zwingend ist. Er basiert auf Kreditvergaben und Investi-



Klimademo in Zürich am 2. Februar.

tionen, wer investiert, erwartet, mehr Geld zurück zu erhalten, als gegeben wurde. Ein weiterer Faktor, der das Wachstum bedingt, ist die Konkurrenz. Wer im Kapitalismus nicht wächst, wird von der stärkeren Konkurrenz aufgefressen. Die Leistung jeder Volkswirtschaft muss also wachsen, was in einem begrenzten Ökosystem wie der Erde zwangsläufig früher oder später an Grenzen stösst. Der wachsende Ressourcenverbrauch führt direkt in die Klimakatastrophe.

Das dürfen die Verfechter des Systems jedoch nicht wahrhaben. Sie müssen vertreten, dass alles halb so schlimm ist und innerhalb des kapitalistischen Systems gelöst werden kann. Dies spiegelt sich auch in der Politik der bürgerlichen Parteien, bis weit ins sozialdemokratische Lager hinein: So wurde der schon schwache Entwurf des Bundesrates für ein neues CO²-Gesetz letzten Herbst durch die neoliberale Mehrheit im Parlament noch abgeschwächt. Indem sie diese Zusammenhänge aufzeigen, stellen sich die SchülerInnen klar auf die antikapitalistische Seite.

Es ist sehr begrüßenswert, dass sich Menschen ausserhalb der Parteien organisieren und Druck auf die Politik machen. Insbesondere die Jugend, die weiss, was auf sie zukommen wird, wenn nicht bald gehandelt wird: die Klimakatastrophe. Daran vermögen auch angeordnete Massnahmen der Schulleitungen wie unentschuldigte Absenzen nichts zu ändern. Oder um es mit Marx zu sagen: die Jugend hat nichts zu verlieren. Sie hat eine Welt zu gewinnen!

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

Warnsignale an die herrschende Klasse

GELBWESTENPROTESTE Wöchentlich gehen zehntausende Menschen in Frankreich und Belgien auf die Strassen. Was zunächst selbst in linken Medien als WutbürgerInnenproteste diffamiert wurde, erweist sich als eine veritable Sozialrevolte.

(az) Als sich am 17. November des vergangenen Jahres zehntausende Menschen in Frankreich und Belgien auf die Strasse machten, um gegen hohe Benzinsteuern zu demonstrieren, war die Skepsis insbesondere in der deutschsprachigen Linken gross. Exemplarisch für diese Skepsis schrieb die WOZ am 29. November 2018, es handle sich um «WutbürgerInnen mit Warnwesten» – es wurde in dieser Zeitungsnummer behauptet, Steuerproteste würden eigentlich automatisch nach rechts tendieren. In der Tat ist es in schweizerischen, mittelständischen Stadtmilieus nur sehr schwer vorstellbar, dass sich ein vermeintlicher Zank um Benzinpreise in eine progressive Richtung wenden könnte. Und natürlich beisst sich die Forderung auf den ersten Blick ja auch mit der aktuellen und dringend notwendigen Klimabewegung. Die Forderungen passten vielen zunächst nicht ins Konzept.

Die These, wonach die Bewegung der «Gilets jaunes» nichts Progressives beinhalten würde, wurde damit untermalt, dass einige Gelbwesten am 24. November 2018 in Calais Flüchtlinge bei der Polizei denunziert hatten. Damit schien das Kapitel aus linker Sicht für viele abgehakt. So liess auch der französische Staat nichts unversucht, um die Bewegung als Protestbewegung von rückwärtsgewandten WutbürgerInnen darzustellen. Und selbst die französische Gewerkschaftsbewegung sowie bürgerliche FeministInnen verhielten sich unsolidarisch. Beide mobilisierten parallel zu «Gilets jaunes»-Protesten an Samstagen und riskierten damit – ob bewusst oder nicht – die Bewegung zu schwächen. Dies gelang angesichts der Dominanz der Bewegung bei weitem nicht.

Vielfältige Bewegung

Doch es ist ohne Zweifel: Die Wut ist berechtigt. Es ist in der Tat so, dass Frankreich die höchste Steuerquote der OECD-Länder aufweist. Und einen sehr grossen Teil der Steuern stellen Verbrauchssteuern dar. Dies sind jene Tarife, die die werktätige Bevölkerung am stärksten treffen, analog zu den Mehrwertsteuern in der Schweiz. 2017 hatte Präsident Macron dieses Thema mit dem Abbau der Vermögenssteuern noch einmal befeuert. Der Protest wurde zunächst primär von Menschen geführt, die in Kleinstädten und auf dem Land leben und sich ein pünktliches, öffentliches Verkehrswesen à la Zürich mehrheitlich kaum vorstellen können. Diese Menschen sind auf ein eigenes Motorfahrzeug angewiesen, um zur Arbeit zu gelangen oder um am sozialen Leben teilnehmen zu können. Insofern handelte es sich um Menschen, die in der Tendenz eben nicht dem städtischen Milieu zugerechnet werden können – und dementsprechend auch vom traditionell in den Städten verankerten linken Milieu wenig wahrgenommen werden. Im Herbst fand eine Studie statt, deren Ergebnisse mit äusserster Vorsicht zu geniessen sind und die dennoch erstaunen. Die Studie wiederlegt die «WutbürgerInnen»-These: So besteht die Bewegung gemäss dieser Untersuchung fast zur Hälfte aus Frauen. Dies

ist eine Quote, die bei grossen Gewerkschaftsmobilisierungen nur sehr selten zustande kommt. Der überwiegende Teil der Bewegung sind ArbeiterInnen oder Angestellte. Ausserdem weist die Bewegung einen eher unterdurchschnittlichen Bildungsgrad und ebenso einen unterdurchschnittlichen Einkommensdurchschnitt auf. Es handelt sich um eine Bewegung von unten mit ländlicher Prägung.

Zwar gehen in Paris die grossen Zusammenstösse mit der Staatsgewalt von statten (auch die beiden Bilder stammen aus Paris), was über die rurale Struktur der Bewegung aber nicht hinwegtäuschen darf. Fast die Hälfte der Teilnehmenden sind mit der «Gilets jaunes»-Bewegung zum ersten Mal in Strassenproteste involviert. Auch das wirkt erstaunlich. Denn immerhin beträgt das Durchschnittsalter der Bewegung gestandene 45 Jahre.

Forderungen nach sozialen Verbesserungen

Während die Bewegung weitgehend auf RepräsentantInnen verzichtet und eine hohe Abneigung gegen politische Vereinnahmung hegt, entwickelte sie diverse Forderungen, welche den Klassencharakter der «Gilets jaunes» unterstreichen. Am prominentesten sind die For-



Wohin sich die Bewegung entwickelt, ist dem Bild zum Trotz noch nicht absehbar

derungen nach Wiedereinführung der alten Vermögenssteuer für Reiche, bessere Löhne und Renten oder aber die Abschaffung der eingangs erwähnten Dieselsteuer. Politisch wird der Kopf von Macron gefordert. Auch Rufe nach mehr «direkte Demokratie» wurden laut; dahinter steht natürlich der Wunsch nach verbesserter Mitbestimmung. Dass auch das vermeintliche Allheilmittel der direkten Demokratie bloss ein anderes Herrschaftsinstrument darstellt, muss der schweizerischen LeserInnenenschaft nicht erklärt werden. Durchaus sind auch politisch Rechtsgerichtete bis gar Rechtsextreme Teil der Bewegung, wengleich Solidarisierungen mit antirassistischen Bewegungen ebenfalls Teil der «Gilets jaunes» sind. Kurz: Die Bewegung ist sehr breit und heterogen.

Der grundsätzliche Charakter besteht aber in einer Sozialrevolte von Menschen, die sich bisher politisch noch nicht artikuliert hatten und nun neue Formen probieren sowie in der Tendenz die richtigen Forderungen vortragen. Das macht die Bewegung interessant. Praktisch über Nacht wurde Politik zu einem brennenden Thema in der französischen Bevölkerung, sei es am Arbeitsplatz, am Stammtisch oder auf dem Kinderspielplatz. Explosionsartig breitete sich eine Bewegung aus, mit der viele Menschen nicht gerechnet hatten – und die durchaus doch einer Logik folgt.

Antworten auf die Schwäche der reformistischen Linke

Die Gewerkschaftsbewegung (und daneben natürlich auch die revolutionäre Linke) ist in Europa in der Defensive und das hat viele Gründe. Einer davon ist, dass der Reformismus der werktätigen Klasse im neoliberalen Zeitalter nicht mehr viel anzubieten hat: Die Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind in Zeiten des Sozialabbaus weiterhin staatstragende Institutionen und nicht in der Lage, Verbesserungen für die werktätige Klasse durchzusetzen. Im Gegenteil: Die Sozialdemokratie treibt – wo sie an der Macht ist – den Sozialabbau voran. Dies hat eine Erosion der politischen Repräsentationen bewirkt. Auch die Ge-

werkschaften sind nicht mehr in der Lage, die neue Heterogenität der lohnabhängigen Klasse abzudecken. Die «Gilets jaunes» sind nun in dieses Vakuum getreten und tun dies mit militanten Formen, Strassenprotesten oder Kreiselsbesetzungen. Viele traditionell «Nicht-Repräsentierte» fühlen sich davon angesprochen. Die Gelbwesten entwickelten eigene Organisationsvorschläge wie etwa Versammlungen oder Rätestrukturen. Zu Antworten auf die Frage, wie der geballten Macht der herrschenden Klasse etwas entgegengesetzt werden kann, hat die «Gilets jaunes»-Bewegung durchaus etwas beigetragen.

Herausforderung für die revolutionäre Linke

KLASSENKAMPF Anhand der «Gilets jaunes»-Bewegung kann die revolutionäre Linke vieles lernen. Es stellt sich aber auch die Frage, wie mit einer neuen, derart heterogenen Bewegung umzugehen ist. Eine Frage, auf die allerhöchstens eine Annäherung möglich ist.

(az) Das Video des Boxers, der in den Strassen von Paris martialischen Polizisten militant die Stirn bietet, hat hohe Wellen geworfen und grosse Bekanntheit erlangt. In diesem Video kam Militanz und Entschlossenheit exemplarisch für die Bewegung zum Ausdruck. Allerdings war auch der unbedarfte Umgang mit der damit zu erwartenden Repressionen zu sehen. Dieses Video mag als eine Randnotiz gelten. Doch die Entschlossenheit der Bewegung insgesamt erstaunt dennoch: Die Militanz auf der Strasse wird von grossen Teilen der Bevölkerung gutgeheissen oder mindestens nicht klar verurteilt. Die Zerstörung von Mautstationen und Kreiselsbesetzungen in länd-

lichen Regionen und Kleinstädten (was in gewissen Regionen faktisch einem Generalstreik gleicht) gehören ebenfalls zu den «Gilets jaunes» wie Vollversammlungen und überregionale Vernetzungen. Die revolutionäre Linke – teilweise teilnehmend, teilweise beobachtend – ist mit neuen Formen von Militanz und Organisierung konfrontiert. Und sie ist damit konfrontiert, dass sich massenweise Menschen ausserhalb des eigenen Radius bewegen. Die Erfahrung der revolutionären Linken im Umgang mit Repression und Staatsgewalt können sie teilweise einbringen und der Bewegung damit punktuell helfen.

Nach dem Aufschwung die Stagnation?

Dass sich die Bewegung politisch nicht vereinnahmen lassen will, ist eine ihrer grossen Stärken. Und dennoch stellt sich die Frage, wohin sich die Bewegung entwickelt, wenn die Dynamik einst abflachen wird. Gegenwärtig sieht es zwar noch nicht unmittelbar danach aus. Doch praktisch jede Bewegung ist früher oder später dazu verurteilt, dass die grossen Erwartungen enttäuscht werden. Was dann im konkreten Fall der «Gilets jaunes» passiert ist nicht klar – die Gefahr,

dass die Rechten mit ihren vermeintlich einfachen Rezepten zulegen können, scheint gegeben. Eine Gefahr liegt dann auch darin, dass man seitens des Staates die Bewegung mittels Wahlen und Referenden zu spalten versucht. Gerade im Hinblick auf die Europaratswahlen liegt diese Gefahr in der Luft. Es muss aber auch gesagt sein, dass es entgegen anderslautenden Befürchtungen der rechtsextrem Front National nicht gelungen ist, Gelbwesten-ExponentInnen auf ihre Liste zu kriegen. Auf alle Fälle liegt es auf der Hand, dass es revolutionäre Orientierung braucht.

Wie sich die Bewegung weiterentwickelt, ist nicht eindeutig und auch die revolutionäre Linke muss sich überlegen, wie sie in die Bewegung intervenieren kann, damit diese weder von rechts noch vom bürgerlichen Staat vereinnahmt wird. Es führt kein Weg darum herum, sich intensiv mit Bewegungen wie den «Gilets jaunes» und deren Erfahrungen auseinanderzusetzen. Im Rahmen unserer 1.Mai-Kampagne werden wir uns mit den Gelbwesten befassen; im Internet (www.aufbau.org) wird zu gegebener Zeit näher darüber informiert.

Amazons und die Stadtaufwertung

NEW YORK 2018 kündigte Amazon an, seinen zweiten Hauptsitz zweigeteilt in Long Island City, einem Viertel von Queens in New York, und in Arlington, Virginia, bauen zu wollen. Das Vorhaben zeigt, welche Rolle der Konzern im Standortwettbewerb spielt und wie Aufwertungsprozesse vorangetrieben werden.

(az) Im September 2018 eröffnete Amazon Chef Jeff Bezos die Suche nach einem neuen Hauptsitz. Für den zweiten Standort neben Seattle versprach er Milliarden an Investitionen und Zehntausende neuer Jobs. Entsprechend zahlreich bewarben sich amerikanische Städte. Kleinere Orte buhlten mit teils bizarren Aktionen um die Aufmerksamkeit des Grosskonzerns. Tucson, eine Stadt in Arizona, schenkte Bezos einen über sechs Meter hohen Saguaro-Kaktus. Stonecrest in Georgia bot eine riesige Fläche an, die man bei Zusage in «City of Amazon» umbenennen würde. Auch New Yorks demokratischer Gouverneur Andrew Cuomo witzelte mit Reportern, dass er für Amazon alles tun würde, selbst zur Änderung seines Namens in «Amazon Cuomo» wäre er bereit. Den Zuschlag gab es dann aber nicht aufgrund solcher Bekenntnisse, sondern für die vorteilhaften Deals, die New York anbot.

Steuerdeals und Standortwettbewerb

In New York kann Amazon in den nächsten 10 Jahren von Steuergutschriften im Wert von bis zu 1.2 Milliarden Dollar profitieren, sollten sie in dieser Zeit tatsächlich 25'000 Jobs schaffen. Möglich macht dies ein Job-Förderprogramm, das für jeden ausgegebenen Dollar für Löhne 6.85 Cents Steuergutschrift zuschreibt. Mindestens weitere 325 Millionen Dollar fließen in den nächsten 15 Jahren als staatlicher Zuschuss in die Baukosten. Auch bürokratische Hürden werden dem Konzern erlassen. Der Bundesstaat New York wird für das Bauvorhaben einen Projektplan entwerfen und umgeht dadurch der Aufsicht des New Yorker Stadtrates. Weil das Land dem Bundesstaat unterstellt wird, wird der Staat der Stadt auch keine Grundstückssteuern zahlen müssen. Zwar hat Amazon versprochen, vergleichbare Steuern selbst zu leisten, allerdings fliesst die Hälfte davon in einen «Infrastruktur Fonds», der für weitere Bauvorhaben wie Strassen im Umfeld des Projektes genutzt werden wird. Und auch in Sachen Mieten für die Flächen kann sich Amazon glücklich schätzen. Sie sollen zwar 850'000 Dollar pro Jahr der Stadt zahlen, dies ist allerdings ein relativ tiefer Betrag, der für den Bereich festgelegt wurde, als darauf erst einige Apartment-Türme gebaut werden sollten.

Die Absurdität des amerikanischen Standortwettbewerbs sorgt dafür, dass die mindestens 1.7 Milliarden Dollar an Zuschüssen beziehungsweise die gut 50'000 Dollar Subventionen pro Job zwar äusserst hoch sind, New York im Vergleich zu anderen Angeboten aber immer noch gut dasteht. 7 Milliarden an Steuerdeals bot etwa New Jersey und mit gar 8.5 Milliarden Dollar stieg Maryland ins Rennen um Amazon – Arlington hingegen konnte Bezos mit einem vergleichsweise geringen 1 Milliarde Dollar Deal überzeugen. Solche bundesstaatliche oder städtische Förderprogramme haben im krisengeschüttelten Amerika System. Insbesondere Tech-Firmen werden umworben. Hier sind die Auswüchse teils aberwitzig. Um beispielsweise Cloud- oder Daten-Zentren und ihre Anbieter wie Microsoft, Facebook oder Apple anzulocken, haben etliche Bundesstaaten in den letzten Jahren besondere Steuerdeals ausgearbeitet. Auf die in den neuen Zentren bisher tatsächlich geschaffenen Jobs gerechnet wurden dadurch durchschnittlich 2 Millionen Dollar Subventionen pro Job bezahlt.

Die bundesstaatlichen Investitionskosten sind immens und immer wieder steht die Frage im Raum, ob sich dies überhaupt lohnt. Doch die im Standortwettbewerb mit relativ viel Autonomie ausgestatteten Bundesstaaten und Städte können gar nicht mehr anders. Um Firmen anzulocken, international konkurrenzfähig zu sein und Jobs im Land zu behalten, wird alles unternommen, um für die Konzerne die besten Deals vorzuschlagen. Die landesinterne Konkurrenz führt zu einem zusätzlichen Kampf um die besten Vergünstigungen. So werden die reichsten und grössten Unternehmen der Welt zusätzlich beschenkt, während das Geld anderweitig eingespart werden muss.

Gentrifizierung durch Amazon

Lokale AktivistInnen sind allerdings nicht nur um die Verschwendung von Steuergeldern besorgt, sondern auch um die drohende zusätzliche Gentrifizierung infolge des Amazon-Deals. Die Wohnkrise in New York, wie auch in anderen amerikanischen Städten, ist heute



Proteste in New York.

schon verehrend. Zwischen 2002 und 2012 sind in New York beispielsweise 400'000 Wohnungen mit einer Miete unter 1000 Dollar verschwunden – bei einem Grosteil wurde der Mietpreis stark erhöht, andere fielen teuren Neubauten zum Opfer. Einzimmerwohnungen kosten im Medianwert heute 3070 Dollar. Zentral gelegen findet man eine solche mit Glück ab 2000 Dollar, etwas weiter weg und mit sehr viel Glück vielleicht ab 1300 Dollar – selbst dies ist ein Preis, der sich niemand mit geringem Lohn leisten kann. Auch deswegen leben in New York rund 60'000 Obdachlose. Nur während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre waren es vergleichbar viele. Schuld an solchen Zahlen ist der Aufwertungsprozess, der die Marktpreise für Mieten und Immobilien seit Jahren in die Höhe treibt – zwischen 2010-2018 stiegen die Mieten in der Stadt um 31%. Diese Entwicklung wird durch Amazons neuen Hauptsitz weiter verstärkt. Mittelfristig rechnet beispielsweise Zillow, ein Unternehmen für Immobilien-Datenbanken, für New York mit einer zusätzlich jährlich steigenden Miete von 1.4% aufgrund des Amazon Deals.

Nachbarschaft ohne Perspektiven

Die allgemeinen Befürchtungen über die negativen Auswirkungen von Amazons Neubauten konkretisieren sich in den Wohnbauten, die nahe dem geplanten Hauptsitz stehen, exemplarisch in den Queensbridge-Häusern, eine der grössten Sozialwohnungssiedlung Amerikas. Hier lebt eine mehrheitlich lateinamerikanische und schwarze, proletarische Bevölkerung mit einem Medianeinkommen von 15'843 Dollar pro Haushalt, was weit unter der landesweiten Armutsgrenze liegt. Hier wuchsen Hip-Hop Grössen wie Nas, Mobb Deep oder Roxanne Shante auf. Gut 60% der über 6000 BewohnerInnen sind auf Essensmarken angewiesen. Während die Stadt und der Bundesstaat Milliarden für Amazon ausgeben, fällt in den Queensbridge-Häusern immer wieder Strom, Heizungen und Wasser aus. Entsprechend vernachlässigt fühlen sich die BewohnerInnen von der Stadt.

Zwar liessen einige AnwohnerInnen verlauten, dass sie auf Jobs aus dem Amazon-Deal hoffen, allerdings zeigt die bisherige Erfahrung das Gegenteil. Amazon ist nicht das erste Unternehmen, das im mehr und mehr gentrifizierten Long Island City ansiedelt. Stets hat man jedoch darauf verzichtet, lokale ArbeiterInnen anzustellen. Dies wird trotz Versprechen auch bei Amazon nicht anders sein. Ganz im Gegenteil davon, war doch eines der wichtigsten Kriterien für die Wahl des Standortes, die Verfügbarkeit über die am besten ausgebildeten Millennials. Ein entsprechender Hohn ist es, wenn New Yorks demokratischer Bürgermeister Bill de Blasio von einer «extraordinary» Synergie zwischen grösstem Unternehmen der Welt und grösster Sozialwohnungssiedlung spricht. Im neuen Hauptsitz werden vornehmlich Menschen mit guter Ausbildung arbeiten, die nicht in den Queensbridge Siedlung wohnen oder aufgewachsen sind. Deren BewohnerInnen werden vielmehr mit einer sich weiter verändernden Nachbarschaft und steigenden Preisen zu kämpfen haben. Dafür muss man auch keinE HellscherIn sein: Bereits jetzt berichten

BewohnerInnen davon, wie der Preis für Lebensmittel in den angrenzenden Supermärkten gestiegen ist. Und kurz nach den ersten Gerüchten, dass Amazon sich für New York entschieden hat, stiegen die Immobilien-Anfragen auf Zillow für Long Island City um gut 300%.

Widerstand

So beliebt Amazon bei PolitikerInnen und KonsumentInnen ist, so verhasst ist Gentrifizierung in New York. Entsprechend rasch zeigte sich nach Bekanntgabe des Deals eine breite Empörung über die Zusammenarbeit von Bundesstaat, Stadt und Konzern. Bereits in den ersten Wochen gab es Kundgebungen und Aktionen gegen den neuen Hauptsitz. Bestehende lokale Initiativen, wie beispielsweise das Queens Anti-Gentrification Project, werden dabei von grösseren reformistischen Gruppen und Parteien unterstützt, beispielsweise von der Democratic Socialists of America (DSA), die aufstrebende neugegründete sozialdemokratische Partei rund um das Jacobin Magazine. Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung des Widerstandes ist es alles andere als klar, in welche Richtung der Protest gehen wird.

AktivistInnen des Queens Anti-Gentrification Project sind insbesondere an den internationalen Erfahrungen von Berlin interessiert, wo der Google-Campus verhindert werden konnte. Sie wollen entsprechende Aktionsformen übernehmen und haben dafür einen Grundsatz veröffentlicht. Sie werden sich nicht auf Gespräche mit Amazon einlassen, nicht mit PolitikerInnen sprechen, die in der Vergangenheit Teil solcher Deals waren, unabhängig von der Menge verschwendeter öffentlicher Gelder gegen das Amazon Hauptsitz kämpfen und verschiedene Taktiken und Kampfformen akzeptieren. Andere Gruppen setzen hingegen auf Gespräche und Petitionen. Dies birgt Gefahren, nicht zuletzt weil auch etablierte PolitikerInnen und Parteien von der Empörung profitieren wollen. Besonders dreist ist dabei wie so oft die Demokratische Partei, insbesondere deren stellvertretender Vorsitzende des New Yorker Stadtrates Jimmy Van Bramer. Dieser erhielt in den letzten Jahren mehr Spendengelder durch Immobilienunternehmen als alle anderen Stadtratskandidaten, war sich aber nicht zu schade, als einer der ersten zu einer auf ihn zugeschnittenen Anti-Amazon-Kundgebung mit ihm als Hauptredner aufzurufen. Entsprechend empört war man beim Queens Anti-Gentrification Project.

Man mag dies als eine irrelevante Anekdote amerikanischer Lokalpolitik empfinden, die Auseinandersetzung dahinter können aber in ihrem grösseren Kontext verstanden werden. Im Kampf gegen Amazon geht es auch darum, wie, von wem und mit welchem Ziel Menschen zukünftig mobilisiert werden. Im besten Falle gelingt es, wie sich dies das Queens Anti-Gentrification Project zum Ziel gesetzt hat, Amazons neuen Hauptsitz zu verhindern und Reformen in der Wohnpolitik durch einen wachsenden Druck von unten zu erreichen. Im schlechtesten Falle wird sich aber der übliche Filz der Demokratischen Partei durchsetzen und der Protest kommt nicht über einige Zugeständnisse und unfreiwillige Wahlkampfarbeit hinweg.

Füreinander sorgen – noch immer Frauenarbeit !?

SORGEARBEITEN Gleichstellungsparagraphe haben nichts daran geändert, dass das Füreinandersorgen Frauenarbeit geblieben ist, sowohl im unbezahlten Haus- und Familienbereich, wie auch in bezahlten Dienstleistungssektoren. Die Zeit wäre reif, die damit verbundenen Geschlechterrollen umzuwerfen.

(fk) Das letzte Jahr war geprägt von öffentlichen Diskussionen zu Sexismus, die Debatte ging von Belästigung und Missbrauch bis zur anhaltenden Lohnungleichheit der Geschlechter. So begrüßenswert die öffentliche Aufmerksamkeit darüber ist, so notwendig ist es, auch über die Ursachen der patriarchalen Ausbeutung zu reden. Solange wir die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Öffentlichen wie auch im Privaten ignorieren, wird es bei einer oberflächlichen Kritik bleiben. Die besondere Unterdrückung der Frau hat ihre Ursachen in ihrer spezifischen Funktion im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess.

«Nach materialistischer Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens.» *Karl Marx*

Unter geschlechtsspezifischer Frauenarbeit verstehen wir vorwiegend die unbezahlten Familien- und Hausarbeiten, sowie die institutionalisierten oder privatwirtschaftlich organisierten Sorge- und Pflegearbeiten, die mehrheitlich von proletarischen Frauen ausgeführt werden. Das vorherrschende traditionelle Geschlechterverständnis führt immer noch zu einer Klassifizierung in Frauen- und Männerberufe. So werden «Frauenberufe» mehrheitlich schlechter bezahlt. Frauen in «Männerberufen» werden als Mannsweiber für suspekt gehalten und auch Männer in «Frauenberufen» müssen diese Entscheidung stets besonders rechtfertigen. Zwar hat sich diese Sichtweise durch den politischen Aufbruch der 68er Jahre relativiert, doch die reaktionären Entwicklungen werfen uns immer wieder zurück.

Der unbezahlte Sektor

Ungefähr die Hälfte der Bruttowertschöpfung in der Schweiz wird im unbezahlten Sektor erwirtschaftet, Frauen verrichten den Grossteil davon. Das Bundesamt für Statistik schätzte diesen Wert im Jahre 2016 auf 408 Milliarden Franken. Haus- und Sorgearbeit ist wirtschaftlich also hoch relevant.

Das Problem ist, dass dieser erhebliche Teil der gesellschaftlichen Leistung der Frau einen bestimmten Charakter der Produktion aufweist: Ihre Produktion ist Gebrauchswertproduktion, Produktion zum Zweck der Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Ihre Arbeit ist gesellschaftlich nützlich und unbedingt notwendig. Sie ist nicht nur nützlich und produktiv, sie erfordert zum Teil erhebliche Qualifikationen. Sie ist aber in allem durch eines gekennzeichnet: Sie ist für den unmittelbaren Gebrauch bestimmt, nicht zum Tausch.

Diese Tatsache setzt der Teilnahme der Frau an der Tauschwertproduktion auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt Grenzen. Der Zwang zur Gebrauchswertproduktion wird für sie zur Fessel. Volle Teilnahme an der gesellschaftlichen Warenproduktion ist nur für jene Schichten der Frauen möglich, die die Hausarbeit auf Dienstpersonal abwälzen können.

Tatsächlich produziert die Frau in diesem Bereich jedoch eine Ware, die für die KapitalistInnen kostbarer ist als jede andere: Es ist die Ware Arbeitskraft, «deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besitzt, Quelle von Wert zu sein» (Marx). So wertvoll diese Ware jedoch ist, die die Frau produziert, sie bringt ihr wenig Nutzen. Nicht die Herstellung der Ware Arbeitskraft wird von den KapitalistInnen bezahlt, sondern die Verwertung dieser Ware im kapitalistischen Produktionsprozess. Nur wer selbst in diesen Prozess eintritt, wird entlohnt.

Was ist das Ergebnis? Die Arbeit der Frau im Haus wird nicht als Ware Arbeitskraft gehandelt und bezahlt, sondern ähnlich wie in feudalistischen Verhältnissen in Naturallohn entlohnt, wie Essen, Wohnen, Kleidung, etc. Wie alle rückständigen Produktionsprozesse unterliegt der Einzelhaushalt und die darin geleistete Arbeit der gesellschaftlichen Ächtung, ja, die unentlohnte Verausgabung der Arbeitskraft in diesem Bereich wird schliesslich gar nicht mehr als gesellschaftliche Arbeit oder überhaupt Arbeit angesehen.



14. Juni 1991: Vor dem Unispital Zürich

Dass Frauen heute lohnarbeiten ist keine erwähnenswerte Tatsache mehr. Allerdings wird deswegen die Reproduktionsarbeit kaum gerecht zwischen den Geschlechtern umverteilt: In der Schweiz werden 63% der unbezahlten Arbeit von Frauen verrichtet. Das fordistische Ernährer-Hausfrau-Modell schwindet zwar immer mehr, bleibt jedoch in Bezug auf Normen, Werte und Zuweisungen weiter in den Köpfen und Gewohnheiten. Praktisch werden die Frauen in Teilzeitarbeit und Billig-Jobs getrieben und erhalten zusätzlich die Arbeiten, die der Abbau des Sozialstaats, die Krise im Gesundheitssystem in die Familie rückverlagert. Entsprechend klein sind die Renten im Alter.

Gerne wird in dieser Diskussion die work-life-balance erwähnt, und Frauen, die Familie und Karriere unter einen Hut bringen, werden als Vorbilder propagiert. Scheitert diese organisatorische Sisypusarbeit, dann liegt die Schuld beim Individuum. Oder aber die finanzielle Situation lässt zu, dass man die Arbeit anderen überlässt, indem insbesondere MigrantInnen für Haus- und Sorgearbeit angestellt werden. All dies bedeutet, dass Abhängigkeiten und ungleiche Machtverhältnisse weiterhin bestehen bleiben.

Mythos Mutterliebe und heilige Kleinfamilie

Als Folge dieser spezifisch weiblichen Funktion finden wir das patriarchale Konstrukt der Einzelehe, und damit einhergehend noch immer die Idee der romantischen Liebe. Historisch gesehen bezog der Ehemann den Lohn, die Frau, welche die Hausarbeit verrichtete, tat dies aus Liebe und war finanziell von ihm abhängig. Frauen, die sich dem gesellschaftlichen Diktum widersetzen, wurden bestraft indem sie sozial geächtet sowie auf dem Arbeitsmarkt schlechter bezahlt wurden, unabhängig von ihrer Stellung, daher selbst, wenn sie die gleiche Arbeit wie Männer ausführen.

Bezahlte Sorgearbeit

Auch die bezahlte Pflegearbeit machen Frauen aus «Berufung», und da Frauenarbeit, kann sie auch minder bezahlt werden – so die gesellschaftliche Praxis. Die eigentliche Ware ist hier im Dienstleistungsverhältnis die direkte Beziehung zwischen ProduzentIn und KonsumentIn oder die direkte Arbeit am Menschen. Produktions- und Konsumationsprozess sind nicht voneinander trennbar. Das bedeutet auch, dass Pflege «effizienz» für die kapitalistische Verwertung nicht beliebig beschleunigt werden kann, anders als beispielsweise bei der Produktion von Autos. Tatsächlich aber findet eine Überführung dieser Tätigkeiten in die Zeitlogik der Wertschöpfung statt, in dessen antagonistischem Widerspruch die Menschen auf beiden Seiten zerrieben werden, wie dies etwa in der Altenpflege im Minutentakt einsehbar ist. Alle Arbeiten mit Menschen, die fürsorglich, pflegend und heilend geschehen, müssen in der Logik kapitalistischer Rationalisierung zur Karikatur werden, die pflegenden Subjekte entweder zu ZynikerInnen oder durch ethisches Mitfühlen zur Verzweiflung getrieben und die Objekte des Handelns bis zum Toleranzpunkt des blossen Überlebens vernachlässigt werden.

Dieser Prozess ist nichts Neues, er ist schon seit Beginn des Kapitalismus im Gang, wird aber jetzt, in Zeiten der entgrenzten Marktgesetze, allgemein verschärft und intensiviert und erfahrbar als Krise des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Altenpflege.

Geschlechterrollen aufbrechen

Es ist an der Zeit, Geschlechterrollen und ihre spezifischen Funktionen in Ökonomie und Ideologie aufzubrechen. Reproduktionsarbeit – bezahlt oder unbezahlt – kann nicht mehr die Aufgabe von proletarischen Frauen sein, sie muss vergesellschaftet und kollektiviert werden. Sie muss von Allen ausgeübt werden können und anständig entlohnt werden. Dazu muss die Grundstruktur der kapitalistisch-patriarchalen Ökonomie radikal umgewälzt, die Profitgesetze über den Haufen geworfen werden. Die Kritik an der kapitalistischen Verwertung der Menschen bis in ihre Subjektivitäten hinein benötigt die Perspektive der freien Assoziation der ProduzentInnen.

«Der Skandal des Kapitalismus liegt darin, dass er Krieg als produktiv wertet, nicht aber Kindererziehung, Kochen und Sex.» *Silvia Federici*

Dieses Ziel, Geschlechterrollen zu hinterfragen, verbindet uns auch mit verschiedenen Queerbewegungen, die sich vermehrt in die Schlacht gegen reaktionäre Denk- und Handlungsweisen werfen. Die traditionellen Rollenbilder und biologistische Geschlechtskonzepte reproduzieren heteronormative Ideologien, Homophobie und Diskriminierungen von Menschen, die sich nicht in diese Geschlechternormen hinein zwingen lassen. Rechte Kräfte beklagen den «perversen Zeitgeist» und hetzen wieder offen gegen Schwule, Lesben und Transgender-Personen im Namen von «Familie, Volk und Nation». Das Kapital in der Krise nutzt Homophobie für seine Interessen und verschiedene Regierungen haben die Repression wieder verschärft. Dabei spielen fundamentalistische Religionen aller Richtungen eine wichtige Rolle. Jedes Jahr werden rund um den Globus Tausende Menschen wegen ihrer sexuellen und geschlechtlichen «Abweichungen» geschlagen, belästigt, vergewaltigt, gefoltert oder ermordet.

Als KommunistInnen kämpfen wir mit den Queerbewegungen gegen Geschlechter- und Körpernormen, gegen den Zwang, so zu sein, wie sie uns vorschreiben, gegen die Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, für eine Gesellschaft, in der alle so sein, so lieben und Sex haben können, wie sie wollen. Nur die Bourgeoisie als Klasse und patriarchale Denk- und Handlungsweisen müssen abgeschafft werden.

Ein neuer Frauenstreiktag ist notwendig

Die Care-Arbeit ist der Elefant im Raum, über den niemand reden will und der doch omnipräsent ist. Denn ohne Sorgearbeit geht nichts, sie macht die Arbeit in den Betrieben überhaupt erst möglich. Genau deswegen ist ein Streik im Care-Bereich spannend: Er zeigt auf, dass ohne diese Arbeit nichts mehr geht. Lehnen sich bspw. die KinderbetreuerInnen gegen die prekären Arbeitslöhne auf und streiken, dann muss jemand auf die Kinder aufpassen. Solidarisieren sich auch die anderen Frauen mit den BetreuerInnen und streiken ebenfalls, dann müssen die Männer diese Arbeit übernehmen. Müssen die Männer auf die Kinder aufpassen, können sie nicht im Betrieb arbeiten – dann steht die ganze Produktion still. Dieses Gedankenspiel ist zwar ein theoretisches, verdeutlicht jedoch die praktische Relevanz der Sorgearbeit. Wenn Frau will, steht alles still! – hiess es bereits im Jahre 1991 am 14. Juni.

Fortsetzung von Seite 1

Die fehlende Streiktradition macht es 1991 den Gewerkschafterinnen nicht einfach, offensiv einen ganztägigen Streik zu propagieren. Sie halten eher stundenweises Streiken, Protestpausen und kleinere Aktionen in den Betrieben realisierbar. Immerhin aber kommt eine grosse Kreativität von Protestformen ins Spiel. Der Bundesplatz in Bern wird gestürmt, der für eine Internationale Delegation zur 700-Jahr-Feier abgesperrt worden war – die Delegation muss über den Hintereingang ins Bundeshaus. Liegestühle und Streikpicknicks auf öffentlichen Plätzen, Eindringen in Betriebe mit Megafonen und Musikbands, Klappstühle für Verkäuferinnen in den Warenhäusern, Lahmlegung des Verkehrs, Frauenstreiklieder, Frauenchöre, Kulturfrauen, die sich in Szene setzen, Veranstaltungen, Happenings, Diskussionen, Aktionen in Schulen, Spitälern, Gemeindehäusern, Firmen, ... Und auch einzelne Sexarbeiterinnen lassen ihre Salontüre verschlossen um dagegen zu protestieren, dass ihr Beruf nicht als solcher anerkannt ist und sie gesellschaftlich stigmatisiert werden.

Die Genossen organisieren Streikküchen und Kinderhütendienste. Und auch im Ausland ist der Anklang von Kanada bis Moskau über Australien enorm. Das ZDF filmt, die Deutsche Hausfrauengewerkschaft organisiert eine Soliaktion: 4000 von ihnen demonstrieren in Bonn. Solidaritätstelegramme aus aller Welt trudeln beim SGB ein.

Vorbereitungen zum 14. Juni 2019

Seit einigen Monaten nun thematisieren Frauen in der Schweiz den 14. Juni 2019 als zweiten schweizweiten Frauenstreiktag, da sich nichts Relevantes verbessert hat. Wiederum ausgehend von gewerkschaftlichen Frauen in der Romandie hat die Sache bereits erstaunlichen Schwung aufgenommen. Auch der SGB hat wieder seine Unterstützung zugesagt. Ein Manifest wurde verfasst und in drei Landessprachen übersetzt. In verschiedenen Städten finden unzählige Vernetzungs- und Vorbereitungstreffen sowie Veranstaltungen statt. Auch linke Gruppen und Studierende organisieren Versammlungen und Veranstaltungen. Es ist die Rede von Streiks in Betrieben, Hochschulen und Haushalten, von Aktionen, Demonstrationen, Besetzungen des öffentlichen Raums. Der VPOD wird in Zürich vorausgehend verschiedene Aktionstage in verschiedenen Bereichen organisieren.

Klar ist, dass hier verschiedene Klassen und Schichten angesprochen werden. Frauen bringen unterschiedliche klassenspezifische Interessen hinein. Vorwiegend jedoch thematisiert der 14. Juni proletarische Fraueninteressen. Es geht um Lohngleichheit, gegen Sexismus zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Schule, um die Stagnation der gesetzlich verankerten Gleichstellung, um die kleinen Renten im Alter und als Mensch mit einer Behinderung, um Kollektivierung, Umverteilung und Vergesellschaftung der Haus- und Familienarbeit, um Reduktion der Lohn-Arbeitszeit, Freiheit der sexuellen Identität, gegen Schönheitswahn und Körpernormen, gegen sexistische und homophobe Gewalt, für die Anerkennung und Aufnahme von MitgrantInnen, das Recht auf Asyl, für eine nicht-patriarchale Erziehung und Bildung, gegen Geschlechterrollen, für weltweite Frauensolidarität, gegen Rassismus und mehr. Eine breite Palette von Themen aus dem Manifest, die wir allesamt unter-schreiben können.

Unterschiede

Damals fand der Frauenstreik in einer relativ unbewegten Zeit statt. Deshalb ist es erstaunlich erstens, dass er überhaupt stattfand, zweitens, dass er ein solcher Erfolg wurde. Niemand hatte es für möglich gehalten, dass in der Schweiz, ohne nennenswerte begleitende Klassen- oder Frauenkämpfe, ein solches Potential mobilisierbar wäre. Alle waren erstaunt, dass sich in der Schweiz tatsächlich ½ Million Frauen in der einen oder anderen Form an einem Streiktag beteiligen werden. Heute befinden wir uns in einer Zeit, in der die Frauenbewegungen weltweit im Aufwind sind. Die Streikkomitees übertreffen bereits jetzt an Zahl und Vielfältigkeit jene von 1991. Doch ein entscheidender Minuspunkt ist, dass die Gewerkschaften heute in wichtigen Frauensektoren weniger gut verankert sind als damals. Sie haben in den letzten 30 Jahren stetig an Mitgliedern verloren, auch im Pflegebereich.

Verbinden wir die Kämpfe

Eine besondere Chance sehen wir in der Verbindung von Betriebskämpfen mit der politischen Widerstandsbewegung, sowie der Verbindung von Frauen- und Klassenkämpfen. Diese Möglichkeit ist nicht immer gegeben. Oft agiert die eine Seite isoliert von der anderen. Im Allgemeinen hat die politische Widerstandsbewegung wenig Bewusstsein über die



Besetzung von Plätzen in Zürich und Bern 1991

Bedeutung der Klasse und ihrer Kämpfen, zieht wenig Verbindungslinien zu ihren eigenen Arbeits- und Lebenswelten, identifiziert sich wenig mit der ArbeiterInnenklasse. Wir sollten es für einmal wagen, bei unseren eigenen ArbeitskollegInnen den 14. Juni aufzuwerfen und ein mögliches Potential auszuloten, und falls vorhanden, zu aktivieren. Der 14. Juni eignet sich dafür besonders gut, da er ganz verschiedene Arbeits- und Lebensbereiche einbezieht und eine grosse gesellschaftliche Legitimation besitzt.

Die Verhältnisse ändern sich und es bewegen sich gerade mehr Menschen, vor allem proletarische Frauen. Die revolutionäre Linke sollte diese Chance nutzen, um aus ihrer Nischenpolitik rauszukommen und zu mehr gesellschaftlicher Relevanz zu kommen. Der Frauenstreik ist eine besondere Gelegenheit inmitten einer ansonsten reaktionären Entwicklung, sie kann zu einer Massenbewegung werden, die Emanzipation und Klassenkampf, Betriebskämpfe und politische Widerstandsbewegung zusammenbringt.

Und für einmal lassen sich auch die Genossen in Frauenkampf-Aktionen einbinden. Wir sollten auch dies als Chance nutzen, um einmal mehr neue Geschlechterverhältnisse mit den Genossen zu diskutieren. Und natürlich ist wünschenswert, bzw. notwendig, auch als Mann ganz konkret am 14. Juni Hand (und Kopf) anzulegen und Unterstützung zu bieten für all die Arbeiten, die sonst unbeachtet vor allem die Frauen erledigen.

Kontinuität ist gefragt

Was können wir tun, dass nach dem 14. Juni der ganze Power nicht wieder versandet, wie nach dem 14. Juni 91? Wie kann das Potential für die nötige Kontinuität der Frauenkämpfe genutzt werden? Diese Frage zu beantworten ist dringlich, wollen wir, dass Veränderungen tatsächlich stattfinden können. Ohne kontinuierlichen Druck von unten passiert nichts – im Gegenteil, es wird gerade vieles mit der reaktionären Entwicklung noch schlimmer. Ohne kontinuierliche Frauen- und Klassenkämpfe lassen sich die kapitalistisch-patriarchalen Macht- und Profitverhältnisse nicht umwerfen. Wir müssen uns also fassbar machen, damit jene, die am 14. Juni auf der Strasse aus allen Bereichen zusammenströmen, vor allem die proletarischen Frauen, uns sehen und von unserer Organisation, unseren perspektivischen Inhalten und langjährigen Erfahrungen angezogen werden.

KOMMENTAR

Das Scheitern politisieren

Weltweit gehen Menschen gegen die Angriffe auf Frauennarrativen und Sexismus auf die Strasse. Debatten im Netz, Bündnisse und Komitees – auf vielen Ebenen wird agiert. Renten, Lohnfragen, soziale Absicherungen und der Kampf gegen die Arbeitsteilung stehen auf der Agenda. Überall werden Frauenstreiktage organisiert. Letztes Jahr, am 8. März, stand an vielen Orten rund um den Globus vieles still. In Indien, dem grössten Streik der Geschichte, bei der Gelbwestenbewegung in Frankreich, überall Frauen an der Spitze. In der Schweiz soll der 14. Juni 2019 ein zweites 1991 werden. Die Zeiten bewegen.

Wir sind bewegt und machen die unsichtbare Frauenarbeit sichtbar! Das sind die kleinen vielen Handgriffe, Emotionen und Denkvorgänge im Reproduktionsbereich. Das ist die Betreuung, Pflege und Fürsorge der jungen und alten Menschen. Das Sorgen für soziales Miteinander und Pflegen von Beziehungen und Freundschaften. Im bezahlten und unbezahlten Reproduktionsbereich. Als Careworkerin oder Familienmensch. Lasst es uns am 14. Juni für einmal nicht tun und dadurch sichtbar machen.

Das ist gut. Aber das reicht nicht. Die bedeutende Frage ist, was nachher sein wird. Hinterlässt der 14. Juni Spuren? Wie kann eine Nachhaltigkeit der Bewegung hergestellt werden, welche Strukturen braucht es für die Engagierten, um sich weiter für ihre Anliegen einsetzen zu können? Diese lassen sich nur gemeinsam entwerfen. Während der Organisationsphase für einen solchen Streiktag brauchen wir politische Debatten und kollektive Auseinandersetzungen, um unsere Visionen sichtbar werden zu lassen. Hier können wir konkret den Streik planen und uns perspektivisch Gedanken machen, wie wir uns eine emanzipierte Gesellschaft vorstellen und im hier und jetzt angehen wollen.

Bei der Revolution in Rojava können wir uns inspirieren lassen. Da sind die Frauen bei der Selbstorganisation der ganzen Gesellschaft überall mit dabei. Es gibt überall Komitees und Akademien, in denen massenhaft Frauen debattieren und sich politisch schulen, wo Bewusstsein für die Veränderung der Verhältnisse entsteht. So können die patriarchalen Strukturen und Klassenverhältnisse analysiert und eine gemeinsame Agenda entworfen werden. Die Erfahrungen der Wirkmächtigkeit der Selbstwirksamkeit und besonders der Kollektivwirksamkeit sind nachhaltige Faktoren und Motivationen für den Frauenkampf.

Wie können es die Frauen hier bewerkstelligen, sich zwischen Job, Familie, FreundInnen und Ausbildung, kontinuierlich der politischen Arbeit zu widmen? Das Scheitern, bzw. die Erfahrung, alles vereinbaren zu wollen, es aber nicht zu schaffen, kann eine Triebkraft sein. Oft versuchen wir, die strukturellen Probleme des patriarchalen Kapitalismus auf persönlicher Ebene und auf Kosten der eigenen Interessen zu lösen. Aber es geht auch anders! Weil es die Bedingungen sind, an denen wir scheitern, gilt es, diese zu revolutionieren. Lasst uns also dieses Scheitern politisieren und Streiks und Kämpfe organisieren! (fk)

«Niemand wird für uns sprechen. Das haben wir uns versprochen»

INTERNATIONAL Der Frauen*streik kann in der Schweiz etwas in Bewegung setzen, seine interessantere Seite ist aber international. Die Bewegung positioniert sich solidarisch und antikapitalistisch, das Verlangen nach revolutionärer Veränderung ertönt weltweit in ihr.

(az) 2017 ist es Angela Davis in ihrer Rede am Women's March in Washington DC gelungen, das Potential der Bewegung zu benennen. Sie bezog sich positiv auf die existierenden Widerstandsbewegungen, sprang von globalen Grossthemen wie dem Kampf gegen Klimawärmerwärmung zu Forderungen wie Freiheit für Leonhard Peltier und die exilierte Assata Shakur, verband den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung mit jenem gegen Sexismus und Rassismus und endete mit dem Aufruf zu mehr Militanz. Antikapitalistisch, antirassistisch und klassenbewusst. Interessant, dass Hunderttausende begeistert tobten, ihre Rede in Modemagazinen abgedruckt wurde und nur alte Kalte Krieger es wagen, ihr zu widersprechen. Überraschend ist jedoch, dass die Forderungskataloge von Frauen*streikbewegungen ihrer Rede oft ähnlich sind, sowohl bezüglich Vielfalt der Inhalte als auch Radikalität.

Es sei aber angemerkt: Wir sprechen hier von einer «Bewegung», darin sind immer unterschiedliche Kräfte enthalten, der breite Konsens ist diffus und ungefestigt. Dennoch gilt es zu schätzen, dass die globale Frauenbewegung fortschrittliche Inhalte ins Zentrum stellt und in den meisten Ländern nicht das Verlangen nach Repräsentation in den Parlamenten oder den Direktionen der Konzerne formuliert, sondern nach gesellschaftlichem Wandel. Sie stellt sich damit der Hegemonie der Herrschenden entgegen und begegnet der reaktionären Denkweise mit Aufrufen zur Solidarität. Das ist gegenwärtig viel wert.

Gerade weil die Bewegung zuerst in Polen und Lateinamerika riesige Dimensionen angenommen hat und von den USA wie den west-europäischen Ländern aufgenommen wurde, ist für die Frauen*streikbewegung von heute die Berücksichtigung der neokolonialen Unterdrückungsverhältnisse naheliegend und Antirassismus ist genauso diskussionslos mit dabei wie der Stern in der Schreibweise. In Argentinien und Mexiko brachten die Femizide – die Ermordung von Frauen in den eigenen vier Wänden oder ausserhalb – das Fass zum Überlaufen und führten zu einer Massenbewegung mit der Parole «NiUnaMenos»: Keine weitere Frau darf dem Leben so entrissen werden. In Polen war es ein erneuter Angriff auf das Abtreibungsrecht. Die reaktionäre Avantgarde versucht mittels Gesetze über den Körper, den Willen und das ökonomische Überleben von Frauen zu verfügen, was abgewehrt wurde. In allen Ländern blieb es aber nicht bei Teilforderungen, die Forderungskataloge, die online zu finden sind, verlangen in den allermeisten Fällen nach umfassendem gesellschaftlichem Wandel.

Lieber militant als Opfer

Die Bewegung ist auf eine oberflächliche, aber optimistische Art inkludierend, oder einfacher gesagt: Die aktuellen sozialen Bewegungen sollen darin enthalten sein, was sich aufdrängt, da Frau in allen Kämpfen vertreten ist. Es ist auch notwendig, da der Kapitalismus umfassend zerstörerisch ist und Frau auf mehreren Ebenen betroffen, neben Sexismus quält schliesslich auch die Umweltzerstörung und der Sozialabbau, die Gentrifizierung oder der Landraub. Klar: nicht jede ist betroffen, aber immer viele. Der grosse Vorteil des Bezugs auf aktive Bewegungen liegt in den Erfahrungen, die diese mitbringen und einfließen lassen, so kann die Frauenbewegung gleichzeitig alt und frisch sein, versteht sich als eine von unten, die wenig Hoffnungen auf den Staat setzt und selber gesellschaftlichen Wandel erkämpfen will. Lieber militant als Opfer. Das italienische Streikkollektiv fragt im 8. März-Communiqué rhetorisch nach den Gründen des Protests und antwortet entnervt: «Wir fragen zurück. Gibt es irgendetwas, durch das wir uns wertgeschätzt oder befreit fühlen sollten?» Frei interpretiert: Wer den Grund für den Streik nicht selber erkennt, steht auf der falschen Seite, ist keiner Antwort würdig. Dialog war gestern.

Mode oder bitterer Ernst?

Diese unbekümmerte Einbindung über Widersprüche hinweg stört einige, sowohl jene, die sich mehr Tiefe wünschen als auch jene, die dies als postmoderne Moderscheinung sehen und andere, die mit dem Widerspruch nicht leben können. Nicht ganz überraschend endete beispielsweise der Women's March in Erklärungsnotstand an der Streitfrage Israel. Antisemitismus wurde öffentlich mehrfach verurteilt, aber ebenso die



Rosa Luxemburg: Die einzige, die ihrer Katze die Welt zu erklären wusste, aber nicht nur deshalb bleibt sie ein Vorbild. Sie ist das Sinnbild einer intelligenten, furchtlosen Frau geblieben. Vor 100 Jahren wurde sie auf Befehl der sozialdemokratischen Regierung durch ein Freikorps ermordet.

Besetzung Palästinas. Im Communiqué traten die Organisatorinnen aber nicht in die Falle, sich zu distanzieren, sondern entschuldigten sich für verletzte Gefühle und erklärten ein weiteres Mal ihre Feindschaft gegenüber dem Antisemitismus. Es kann also gesagt werden, dass die Bewegung durch diesen diffusen, aber spürbaren Konsens vor reaktionären Tendenzen ziemlich gut gefeit scheint, was einerseits entspannend ist und andererseits sicherlich das Fortschrittlichste, was im Moment auf Massenbasis existiert.

Unter anderem führt diese Bewegung dazu, dass Rosa Luxemburg zum hundertsten Jubiläum ihrer Ermordung wieder breiter rezipiert wird. Überraschenderweise das sehr unpassende Werk «Massenstreik, Partei und Gewerkschaften», wobei eigentlich nur die sehr poetischen Passagen daraus zitiert werden, wie zum Beispiel: «alles läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen». Der Bezug irritiert, weil Luxemburg sich darin an ihre eigene Partei wandte, die damals mächtige und kräftige Sozialdemokratie, die feste Vorstellungen darüber hatte, wie die Revolution von statten gehen soll. Ein derartiges Gegenüber existiert nicht mehr. Doch hat sie in ihrer Schrift die politische Dynamik einer Bewegung und deren Radikalität beschrieben. Das Potential ebendieser zum revolutionären Bruch zu führen. Insofern passt der Bezug eben doch und enthält eine optimistische Selbstaufwertung der jungen Bewegung, ohne die Härte des Gegenangriffs und die Gefahren für die einzelnen Militanten zu unterschlagen.

Luxemburg passt auch, weil sie selbst das Wort «Streik» zwar konsequent für Betriebskämpfe verwendet, jedoch alle Formen des Kampfes als Teil der revolutionären Dynamik würdigt. Die Besonderheit des Frauen*streiks ist es ja, dass nicht nur die Lohnarbeit, sondern jede Arbeit verweigert werden soll, insbesondere die Reproduktionsarbeit. Sie soll nicht nur bestreikt werden, sie muss überhaupt erst sichtbar gemacht und ernst genommen werden. Die Formen, wie das geschieht, können unterschiedlich ausfallen und tatsächlich braucht ein Frauen*streik deshalb eine grosszügige Definition des Begriffs «Streik». Das italienische Frauen*streikkollektiv schreibt dazu:

«Wir müssen auch mit dem Ritual des Streiks brechen. Unsere Kraft anwenden, um zuallererst die Funktionsweise dieser Gesellschaft aufzuheben und die Rollen, die mit ihren gewalttätigen sexistischen und rassistischen Hierarchien die Gesellschaft am Leben erhalten. Der Untergang dessen, was nicht sichtbar ist, aber unser Leben (...) in einer ungerecht regierten Gesellschaft regelt.»

Ein grosser Anspruch für einen Streikaufruf.

Wiederentdeckte Rosa Luxemburg

Ebenfalls auffällig ist der Wiederaufnahme des marxistischen Konzepts der ursprünglichen Akkumulation, wahrscheinlich über den Umweg über Silvia Federici zurück zu Luxemburg. Ihr Buch «Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation» scheint einen Nerv zu treffen, der international ist. Wohl auch dank Federici – oder durch sie verschuldet,

je nach Vorzügen - sind Hexen als Repräsentantinnen der starken, verfolgten Frauen wieder voll im Trend.

Die Wiederentdeckung dieses Werks von Luxemburg ist nachvollziehbar, denn sie hat sich darum bemüht, die neokoloniale Ausbeutung und sich fortsetzende Eroberung ökonomisch zu analysieren und hierin widerspiegelt sich die Aktualität.

«Je gewalttätiger das Kapital vermittelt des Militarismus draussen in der Welt wie bei sich daheim mit der Existenz nichtkapitalistischer Schichten aufräumt und die Existenzbedingungen aller arbeitenden Schichten herabdrückt, um so mehr verwandelt sich die Tagesgeschichte der Kapitalakkumulation auf der Weltbühne in eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen in Gestalt der Krisen die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden»

Wir streiken!

Diese Notwendigkeit scheint von vielen geteilt zu werden. Die Radikalität des Angriffs hat bei den Teilen, die sich zur Wehr setzen, zu einer ebenso radikalen Antwort geführt. Um wieder das italienische Communiqué zum 8. März zu zitieren:

«Die Politik heuchelt. Wir nicht, wir heucheln nicht. Wir streiken. Sie werden uns zu Diensten sein. Niemand wird für uns sprechen. Das haben wir uns versprochen. Der Mond lässt die Flut ansteigen. Wir werden bis oben gelangen, dahin, wo die Dinge geregelt werden.»

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

«Wir sind für Alles bereit»

FRAUENREVOLUTION In Rojava ist, anders als in den bürgerlichen Nationalstaaten, die Sicherheit und Selbstverteidigung die Aufgabe aller. Während hier die Herrschaftsstrukturen im Inneren von Polizeikräften gesichert werden, ist es in Rojava das Ziel, dass sich die Gesellschaft selbst verteidigt. Jede und jeder, egal wie alt, schaut für die Sicherheit.

(agfk) Anfang Januar 2019 haben wir mit zwei Vertreterinnen der HPC Jin (Hêzen Parastina Cewherî Jin), den Frauenselbstverteidigungskräften der Kommunen in Derik Rojava, Syrien, gesprochen. Bei der revolutionären Mobilmachung gegen den drohenden Krieg spielt diese Struktur eine zentrale Rolle in der Organisierung der Verteidigung von Quartieren und Städten. Einmal mehr ein Beispiel, in dem die Frauen an vorderster Front die Revolution verteidigen.

Wie sieht eure alltägliche Arbeit aus?

Hediya: Die HPC organisieren die Verteidigung der Gesellschaft. Bei den HPC Jin sind Mädchen und Frauen im Alter von sieben bis siebzig. Kinder machen Kickboxen oder lernen sich gegen Gefahren aus dem Internet zu schützen. Den Erwachsenen und Jugendlichen geben wir militärischen Unterricht, halten Wache an den Kontrollpunkten und sind verantwortlich für die Sicherheit bei Festen, Demonstrationen, Trauerfeiern und Beerdigungen. Auch die Sicherheit in den Kommunen gehört zu unserem Aufgabenbereich. Wir arbeiten eigentlich in unserem Stadtteil und sind immer auf Bereitschaft. Zusätzlich machen wir jede Nacht Wachgänge in der Stadt, sowohl in der ganzen Stadt, als auch in unserem Stadtteil. Alle unsere Mitglieder sind Freiwillige, d.h. wir bekommen kein Gehalt. Darum ist die Anerkennung uns gegenüber sehr gross. Doch nicht alle Mitglieder arbeiten hier im Zentrum, für manche wäre es ein grosser Schritt, mit unserer Weste und der Waffe heraus zu gehen. Aber sie sind aktive Mitglieder und in den Kommunen organisiert, und wenn es dort Probleme gibt, dann kriegen wir das mit und reden dann mit der Familie.

Selamet: Es gab zum Beispiel in meinem Viertel eine alevitische Frau, deren Mann ihr verboten hat, das Haus zu verlassen. Ich habe lange mit ihm geredet, er hat dann eingesehen, dass er im Unrecht ist. Grundsätzlich wird versucht, einen Gefängnisaufenthalt zu verhindern. Wir haben ganz viele Strukturen der Gesellschaft, wie Gerechtigkeitskommission, Verständigungskommission oder «Frauenhäuser», die versuchen, das Problem auf dieser Ebene anzugehen. Wir versuchen eben, die Dinge in der Gesellschaft selbst zu lösen.

Hat sich mit dem drohenden Krieg eure Aufgabe verändert? Inwiefern?

Hediya: Im Krieg ist es so, dass die YPG/YPJ raus geht in die Kämpfe und an die Front. Die HPC ist hier vor Ort und sorgt für die Sicherheit der Gesellschaft und der Städte. Der Gedanke dahinter ist, dass eine kämpferische Gesellschaft aufgebaut wird, die auch auf den Krieg vorbereitet ist. Wir machen alle möglichen Vorbereitungen, z.B. Tunnels oder Luftschutzkeller gegen Luftangriffe. Oder auch Nahrungsmittel, Wasser und Material gegen die Kälte werden organisiert. Wir sind dafür zuständig, dass die Stadtverwaltung im Kriegsfall weiter funktioniert, eventuell in einem Luftschutzkeller. Auch im medizinischen Bereich muss man vorbereitet sein. Wir organisieren Material und haben auch die Frauen geschult, beispielsweise wie man Spritzen setzt und erste Hilfe leistet. Wir sind bereit für alles.

Revolutionäre Mobilmachung bedeutet eine systematische Bewaffnung der Bevölkerung. Wie funktioniert das?

Selamet: Jede zivile Person bekommt eine viertägige Ausbildung an der Waffe. Dann zeigen wir einen Tag lang, wie die Waffen auseinander gebaut werden, diskutieren über theoretische Fragen zur Verteidigung und am Schluss fahren wir für einen Tag aufs Land, wo wir schiessen üben. Alle werden in ihren Institutionen ausgebildet, also zum Beispiel in der Stadtverwaltung oder im Bereich Kunst und Kultur. Die Mitglieder bilden dann Teams und Züge, sie sind also in militärischen Strukturen organisiert, die jederzeit zum Einsatz kommen können. Ein Team besteht aus vier Personen, ein Zug wiederum aus zehn, mit jeweils einem/ einer KommandantIn.

Hediya: Wir als HPC wissen, wer wo ausgebildet wurde und wenn ein Angriff kommt, sind sie als organisierte militärische Einheiten bereit. Und so wird es möglich, dass die Gesellschaft nicht auf irgendwen



Hediya links: Meine Kinder sind jetzt gross – ich bin bereit für Alles.

angewiesen ist, sondern sich selber verteidigen kann. Was in Sengal passiert ist, soll sich nicht wiederholen. Speziell die Frauen bereiten wir auf so eine Situation vor, damit sie im Angriffsfall nicht wehrlos sind. Denn insbesondere die Frauen und die Jugend wollen die Gesellschaft verteidigen.

Ihr bestätigt unsere Erfahrung, dass die Entschlossenheit zur Verteidigung bei den Frauen besonders stark ist. Warum?

Hediya: Die Frauen haben in den Aufbau der Gesellschaft so viel Mühe gesteckt, und darum ist der Reflex auch sehr stark, das mit allen Mitteln zu verteidigen. Es ist auch so, dass die Frau am meisten Gewalt erlebt. Deshalb ist die Notwendigkeit sich selbst zu verteidigen für Frauen besonders gross. Wir haben vielleicht gerade einmal zehn Prozent unserer Rechte erkämpft.

Ich als Frau sehe es als eine sehr grosse Chance in dieser Zeit zu leben, ein Teil der Revolution zu sein und diese mitzuprägen. Das ist für mich als Frau und Mutter sehr bedeutsam. Hier findet eine Revolution in der Revolution statt. Auf der einen Seite kämpfen wir gegen den Feind, der uns vernichten will, andererseits führen wir einen Kampf in der Gesellschaft selbst. Es ist ein revolutionärer Prozess auf vielen Ebenen, und wir schaffen es immer mehr, dass die Gesellschaft sich nicht fürchtet, die Menschen nicht wegrennen, dass sie die Mühen erkennen, die in dieses Land gesteckt werden. Natürlich sind auch Menschen gegangen, aber wir haben es auch zu einem grossen Teil geschafft, den Menschen diese Kraft und Motivation zu geben, dass sie die Furcht überwinden und sich hier auf die Selbstverteidigung vorbereiten. In diesem Sinne haben wir sehr viele Ketten gebrochen. Und deswegen bin ich als Frau eine sehr stolze Frau. Ich mache Geschichte und schreibe sie. Heute hatten wir eine Ratsversammlung. Zwölf Frauen haben sich freiwillig gemeldet und gesagt, wir sind bereit, mit der Waffe in der Hand gegen Erdogan zu kämpfen und auch in eine bewegliche Einheit an die Front zu gehen.

Die HPC Jin gab es nicht seit Anfang der Revolution. Warum ist sie entstanden?

Hediya: Die HPC Jin wurden 2014 aufgebaut, bis dahin haben diese Arbeit eher Männer gemacht. Wir haben gesehen, dass das nicht ausreicht. Frauen sollten auch an dieser Arbeit beteiligt sein. Es waren oft zu wenige Kräfte an den Kontrollpunkten, denn es gab durch den Krieg viele Verletzte. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, die HPC Jin aufzubauen. Direkt am Anfang beteiligten sich 47 Frauen. Ende 2015 wurde die Gründungskonferenz abgehalten, eine Leitung gewählt und eine eigene Fahne entworfen. Unsere Organisation ist nun vollkommen autonom, wir haben unsere eigene Struktur, eigene Munition und Logistik. Wir sind die Verteidigungsstruktur der Kommunen.

Wie reagierte die Familie auf euren Entscheid, Teil der HPC zu sein?

Selamet: Ich war erst in den gemischten HPC, dann in den HPC Jin. Meine Familie ist in der Bewegung aktiv, da war es kein Problem. Meine Kinder haben natürlich schon gefragt, ob ich keine Angst an der Waffe

hätte. Die Familien stellen sich oft gegen die Frauen. Sie kennen es so, dass der Mann die Frau verteidigt. Dadurch gewinnt der Mann an Bedeutung. Obwohl Frauen in der Gesellschaft für alles verantwortlich sind, ist das in den Köpfen drin. Es wollen viele Frauen Teil der HPC Jin sein, aber sie sind zum Teil nicht genug entschlossen gegenüber ihren Familien und haben nicht die Kraft ihre Entscheidung zu verteidigen.

Und was sagen die Männer?

Anfangs haben die Männer über uns gelacht. Sie haben gesagt: «Diese älteren Frauen, Mütter, was können sie ausrichten? Sie fürchten sich doch selbst.» Im Kampf gegen den IS um die Stadt al-Haul 2015 wurden die HPC um Unterstützung gebeten. Von 300 Männern haben sich nur zwei gemeldet. Von uns 45 Müttern haben alle vorgeschlagen, sich zu beteiligen, um diese Schlacht zu unterstützen und unseren Truppen zu helfen. Zwölf Frauen haben wir dann auch geschickt. Wir haben gleich gesagt, dass wir uns autonom organisieren wollen, sonst behaupten die Männer später, sie hätten die ganze Arbeit gemacht. Und eben dadurch haben wir uns Respekt in der Bevölkerung verschafft. Wir haben uns also das Vertrauen in uns selbst erkämpft! Und die Männer haben das dann irgendwann auch verstanden, weil es einfach um sie herum passiert ist, weil sich die Frauen auf allen Ebenen in der Praxis beweisen, als Kämpferinnen, aber auch als Politikerin oder in der Wirtschaft. Heute ist es auch so, dass wenn wir auf der Strasse gehen, die Männer nun zur Seite gehen, weil wir diese Haltung, diesen Gang haben und sie den Respekt vor uns entwickelt haben. Durch unser Selbstbewusstsein und durch unsere Klarheit, dass wir das alles selber aufgebaut haben, haben wir ein starke Ausstrahlung.

Welche Auswirkungen haben die Kriegsdrohungen?

Wir sind jetzt acht Jahre in dieser Revolution und in diesem Krieg. Wir essen, trinken, wir kriegen Kinder. Wir arbeiten, wir kämpfen und gleichzeitig bauen wir auf. Der Krieg kommt, der Feind macht es kaputt und wir bauen es wieder auf. Seit acht Jahren machen wir das. Eine Hand ist so immer mit der Waffe an der Front und eine andere Hand ist in der Gesellschaft und schaut, dass wir keine Nöte haben. Wir müssen auf der einen Seite unser Land verteidigen für alle Völker die hier leben – also nicht nur für KurdInnen – aber wir müssen auch unser eigenes Gedankengut gegen den Krieg verteidigen. Auch mit einer kapitalistischen Mentalität wollen sie uns angreifen. Sie wollen, dass wir uns vom Kampf abwenden, daher ist Rojava/Nordsyrien auch immer noch nicht politisch anerkannt. Man greift uns auf allen Ebenen an. Wir müssen auch an vielen Fronten gleichzeitig kämpfen, gegen die Angriffe von aussen und innen, wir müssen die grundlegendsten Bedürfnisse befriedigen, damit die Bevölkerung nicht wegläuft. Wir haben schon sehr viele Menschen verloren. Aber wie ihr seht, wurde hier ein Neujahr überall gefeiert, trotz der Angriffsdrohungen durch Erdogan halten wir zusammen. Das ist nicht selbstverständlich. Meine Kinder sind jetzt gross, ich bin bereit für alles.

Bolsonaro: ein Produkt des Militärs

UNFRIENDLY TAKEOVER Gleich sieben Ex-Militärs berief der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro in sein 22 Personen umfassendes Kabinett. Dies ist alles andere als ein Zufall. Der ehemalige Fallschirmjäger steht dem Militär nicht nur ideologisch nahe, er wurde von diesem auch aktiv aufgebaut.

(az) Die argentinische Zeitung «Ámbito Financiero» berichtete Anfang Oktober in einem Interview mit einem hohen brasilianischen Militär – eine Übersetzung findet sich im «Correos de las Americas» Nr. 192 –, wie ranghohe Offiziere 2014 beschlossen, einen eigenen Kandidaten aufzubauen. Nach den grossen Anti-Korruptions-Protesten von 2013 erkannte man die Chance wieder an Einfluss zulegen zu können. Die Wahl fiel auf Bolsonaro. Hierfür war man bereit, diesem für seine Versäumnisse in Armeezeiten zu vergeben – Bolsonaro war mehrmals aufgrund von disziplinarischen Vergehen bestraft worden. Die Bedingung lautete, dass dieser sich den Gepflogenheiten des Militärs unterwirft und sein Wirtschaftsprogramm liberaler gestaltet.

Um überhaupt aussichtsreicher Kandidat zu werden, ordnete das Militär an, dass Bolsonaro sein Privatleben aufzuräumen habe und sich wählbarer präsentieren müsse. Dass die vollzogene Veränderung nicht gross auffiel, hat einen einfachen aber umso erschreckenderen Grund. Relativ rasch hat man auch in der Armee festgestellt, dass Bolsonaro seine Vorlieben für die brasilianische Militärdiktatur, Militarismus und sexistische Kommentare ohne Stimmverlust äussern kann, entsprechend locker wurden die Zügel gehalten. Dennoch wurde nichts dem Zufall überlassen. Die massiven Falschmeldungen (siehe aufbau 95), die im Wahlkampf über Bolsonaros Gegner Fernando Haddad verbreitet wurden, gehen unter anderem auf Teile des Militärs zurück. So soll das Militär die Datensätze mit Telefonnummern zu Verfügung gestellt haben, um die Falschinformationen per WhatsApp zu verbreiten.

Auch in der Zeit zwischen Wahlsieg und Amtsantritt war das Militär aktiv. Der neue Verteidigungsminister und Sicherheitsberater Augusto Heleno, ein

Vier-Sterne-General mit grossem Hass auf die indigene Bevölkerung Brasiliens, verriet Mitte Oktober, dass sich eine Gruppe von Generälen seit längerem mehrmals pro Woche treffe, um Vorlagen für die künftige Regierung zu erarbeiten. In den ersten Regierungswochen sind es allerdings weniger grosse Pläne, denn kleine Aktionen, in denen die Armee eine Rolle spielt. Gleich in der ersten Woche von Bolsonaros Regierungsphase wurden im Sinne einer zunehmenden inneren Militarisierung 300 Soldaten in den Bundestaat Ceará im Nordosten des Landes gesendet, um gegen lokale Banden zu kämpfen.

Die «Neue Demokratie»

30 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur fühlt man sich in der Armee wieder bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Grundlage hierfür ist die Idee einer «neuen Demokratie» mit den drei Säulen eines politischen Konservatismus, eines ökonomischen Liberalismus und einer aktiven Rolle der Armee als tragende Staatskraft. Oberflächlich bedeutet dies vor allem ein stärkeres Eingreifen des Militärs in die Politik. Doch welche tieferen Ziele dahinter stecken, scheint unklar, insbesondere weil noch nicht ersichtlich ist, wie die Verbindung von Liberalismus und Konservatismus real aussehen soll. Zumindest aber gibt es Ansatzpunkte. Schon lange versteht das Militär bestimmte strategische Bereiche, wie zum Beispiel die Erdölförderung oder die Stromproduktion, als ihr natürliches Einflussgebiet. Nach der Aufdeckung des Korruptionsskandals beim halbstaatlichen Erdölkonzern Petrobras fühlte man sich gezwungen, in diesen Bereichen wieder eine stärkere Kontrolle auszuüben. Unter Bolsonaro wurde diese nun institutionell gefestigt. So stehen Ex-Militärs an der Spitze der drei Ministerien für Bergbau und Energie, Wissenschaft und Technologie sowie Infrastruktur. Ein Offizier soll zudem zukünftig Petrobras leiten. In diesen Bereichen sollen gemäss Militär auch keine Privatisierungen vorangetrieben werden.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung betonten wir unter anderem den Widerspruch zwischen dem neoliberalen Finanzminister Paulo Guedes, der am liebsten jeden Staatsbetrieb verkaufen würde, und dem Militär, das zumindest einige staatliche Betriebe weiter staatlich oder halbprivat führen will. Dies irritiert, war es



Proteste gegen Bolsonaro vor der Wahl.

doch gleichzeitig das Militär, das Bolsonaro einen neoliberaleren Kurs eintrichterte. Das Infoportal Amerika21, ansonsten gut informiert, spricht entsprechend von einer Black Box bezüglich der tatsächlichen Pläne des Militärs. Vielleicht ist die Antwort auch einfacher und der Widerspruch weniger gross als man denken mag. Beispielsweise gibt es die Vermutung, dass auch das Militär an den Märkten mitspielen will und es die halbstaatliche oder staatliche Verwaltung als die beste Ausgangslage hierfür betrachtet. Auch scheint man sich auf allen Seiten einig, dass man zentrale Bereiche der brasilianischen Wirtschaft nicht weiter an chinesisches Kapital verkaufen will und entsprechend schützen muss. Zudem gibt es auch keinen Widerspruch zwischen den verschiedenen Fraktionen um andere angekündigte neoliberale Projekte, beispielsweise bezüglich der Senkung des Mindestlohnes oder bezüglich der Bekämpfung von Gewerkschaften.

Mädchen in Pink, Jungs in Blau

RELIGIÖSE RECHTE Ohne die Unterstützung der evangelikalen Kirchen wäre Bolsonaro nicht gewählt worden. Die Hintergründe dieser Verbindung liegen im gemeinsamen Kampf gegen Abtreibung, Feminismus und fortschrittliche Bildung.

(az) Bolsonaros erster Auftritt nach der gewonnenen Stichwahl fand in der evangelikalen Pfingstkirche «Vitoria em Cristo» statt. Der dortige Prediger, Silas Malafaia, war einer der wichtigsten Wahlkampfhelfer Bolsonaros. Malafaia, mit einem Privatvermögen von gut 150 Millionen US-Dollar kein armer Mann, half mit, dass rund 73% der brasilianischen evangelikalen Bevölkerung ihre Stimme für Bolsonaro abgab. Da dieser bei den KatholikInnen gleichauf mit seinem Widersacher Haddad lag, waren die Stimmen der Evangelikalen entscheidend. Zudem stellen diese zwar nur 30% der brasilianischen ChristInnen, sie gelten jedoch als politisch aktiver, besitzen einflussreiche TV-Kanäle und -Shows und sie wachsen seit Jahren. Dass Bolsonaro das Regierungsmotto «Brasilien über alles – Gott über allen» lauten liess, ist ein erstes Dankeschön an seine religiösen WahlkampfhelferInnen.

Gemeinsame Interessen

Dass Bolsonaro, eigentlich Katholik, in evangelikalen Kreisen einen derart grossen Anklang findet, hat mit den gemeinsamen politischen Zielen zu tun. Malafaia kämpft schon lange gegen einen angeblichen «Kulturmarxismus», der sich auf «linke, antichristlichen Ideen» stütze. Mit Bolsonaro scheint man einen aussichtsreichen Kandidaten gefunden zu haben, dem man zutraut, diese Ideen auch umsetzen zu können. Dessen Streichung von LGBTQI*-Fragen als Aufgabenbereich des Ministeriums für Menschenrechte als einer seiner ersten Amtshandlungen zeigt, dass wohl der richtige Kandidat hierfür gefunden wurde.

Als Speerspitze religiös-reaktionärer Werte in Bolsonaros Regierung wird die evangelikale Pastorin Damares Alves auftreten, die neu das Ministerium für Frauen, Familien und Menschenrechte leitet. Bei einem

ihrer ersten Auftritt verkündete sie: «Es ist Zeit, dass die Kirche in Brasilien regiert.» Sie stellt sich gegen «Gender-Ideologien» und Feminismus – oder wie sie an ihrer Amtseinführung ihr Vorhaben auf den Punkt brachte: «Achtung, Achtung. Es ist eine neue Ära in Brasilien: Die Jungs ziehen sich blau an und die Mädchen rosa.» Zudem propagiert Alves ein verheerendes Ziel: Ein «Brasilien ohne Abtreibungen». Dies wurde zwar schon unter Vorgänger Michel Temer gesetzlich vorangetrieben, erst mit Bolsonaro glaubt man bei den Evangelikalen das Ziel langfristig durchsetzen zu können.

Angriff auf die Bildung

Alves unterstützt Bolsonaros Ziel einer «parteilosen Schule». Damit gemeint ist nicht wertneutrales, sondern reaktionäres Gedankengut im Sinne der religiösen Rechten. Entsprechend sehen die bisherigen Pläne aus. Bolsonaro will neue Schulfächer, die zuletzt in Zeiten der Militärdiktatur unterrichtet wurden. Dazu gehört beispielsweise das Fach «Moralische und bürgerliche Erziehung». Der Aufklärungsunterricht hingegen soll, wie auch die Thematisierung des Themas Geschlecht/Gender, per Gesetz verboten werden.

Vergleichbar damit, wie Bolsonaro vom Militär aufgebaut wurde, ist auch der Angriff auf das Bildungswesen von langer Hand geplant – in diesem Falle hingegen von der religiösen Rechten. Beispielhaft dazu liest sich die Geschichte von Ana Caroline Campagnolo, einer jungen evangelikalen Politikerin aus Bolsonaros Partei. Campagnolo provozierte vor einigen Jahren bewusst einen Skandal, indem sie bei einer bekannten Historikerin eine Masterarbeit zum Thema «Die Geschichte der Geschlechter» abfertigte. Weil sich die Professorin nicht mit dem religiösen Thesen Campagnolos abfinden konnte, verklagte sie diese aufgrund von «ideologischer Verfolgung und religiöser Diskriminierung». Vor Gericht belegte Campagnolo ihre Anschuldigungen, indem sie darauf hinwies, wie die Professorin feministische Bücher zur Lektüre empfahl, unter anderem Werke von Uta Ranke-Heinemann. Zwar verlor Campagnolo den Prozess, sie hatte jedoch ihren Skandal und den vermeintlichen Beleg, dass die Schulen und Universitäten ideologisch unterwandert seien. So forderte sie nun



«Gott segne Bolsonaro und Trump! Befreit uns vom Kommunismus und seiner Sklaverei.» Eine Bolsonaro-Anhängerin in Brasilien.

dazu auf, LehrerInnen zu filmen und zu überwachen, um diese aufgrund von deren politischen Äusserungen entlassen zu können. Diese Forderung nach Überwachung und Säuberung findet sich auch bei Bolsonaro wieder. Mittlerweile tritt Campagnolo an antifeministischen Kongressen auf, ist Abgeordnete im Regionalparlament des äusserst religiös-konservativen südbrasilianischen Bundesstaates Santa Catarina und wird gar als dessen Bildungsministerin gehandelt.

Widerstand

Der religiösen Rechten wird das Terrain nicht kampfflos überlassen. Während Bolsonaros Wahlkampf und auch danach gab es immer wieder Massenkundgebungen, die insbesondere von Frauen getragen wurden. Auch jetzt kann sich die Regierung noch nicht alles erlauben. Der Plan, dass auch das Thema «Gewalt gegen Frauen» vom Lehrplan gestrichen werden sollte, musste nach grosser Empörung rasch wieder aufgegeben werden. Auch stimmt die Befürchtung der Rechten zu einem gewissen Grade tatsächlich: Die Universitäten waren in den letzten Jahren immer Bastion des Widerstandes gegen rechte Angriffe. Daran wird hoffentlich auch in den kommenden Monaten angeknüpft werden.

Tito rockt – Punk und New Wave aus dem sozialistischen Jugoslawien

PUNK/NEW WAVE Grossbritannien wird im Mainstream gerne als Geburtsstätte des von verzerrten Gitarren und kreischendem Gesang getriebenen Punkrock gehandelt. Weniger bekannt ist, dass das sozialistische Jugoslawien unter Tito Ende der 1970er Jahre ebenfalls Wiege dieser neuen Musikkultur war. Im Folgenden wird ein Blick auf die dortige Szene geworfen.

(agkzh) Sägende Gitarren, ein dumpf treibender Bass, minimale Rhythmen, Refrains, die mitgegröhlt werden wollen, ein verschwitztes Publikum und eine chaotisch wilde Bühnenperformance. Was sich anhört wie Szenen eines Sex Pistols Konzerts anno 1977 in London passiert tatsächlich zeitgleich im sozialistischen Jugoslawien. Bands wie *Azra*, *Buldožer (Bulldozer)*, *Prljavo Kazalište (Dreckiges Theater)* und *Elektricni Orgazam (Elektrischer Orgasmus)* feilen, analog ihrer britischen KollegInnen, an einem zeitgemässen, ungeschliffenen Sound. Die Metropolen Zagreb und Belgrad werden zu Inkubatoren einer neuen, jungen und rebellischen Musik, deren Einfluss sich nicht auf Jugoslawien beschränkt, sondern nach und nach Eingang in die westliche Popkultur findet.

Revolution in drei Akkorden

Im Jugoslawien der 1970er Jahre hat sich die Rockmusik bereits im Kulturbetrieb etabliert. Bands wie *Bijelo Dugme (Weisser Knopf)* eifern Vorbildern wie *Deep Purple* nach und veröffentlichen ihren opulent produzierten Hard Rock auf dem staatlichen Plattenlabel *Jugoton*. Ähnlich der damaligen westlichen Rockmusik entwickeln sich die Rockalben zu immer vertrackteren Konzeptwerken auf denen die MusikerInnen, selbstverliebt über ungerade Rhythmen solierend, Fantasiewelten erschaffen deren einziger Zweck die Selbstdarstellung zu sein scheint. Eine neue Generation von KünstlerInnen, welche mit Stil und Lyrik der Rockdinosaurier nichts anzufangen vermag, plant jedoch bereits eine Revolution in drei Akkorden. Die slowenische Band *Buldožer* besingt in ihrem Song *Novo Vrijeme (Neue Zeit)* die neue Ära jugoslawischer Rockmusik und erstellt eine Blaupause für den neuen Sound der sozialistischen Republik. Ihre archaische Musik reflektiert ungeschönt die Lebensumstände einer neuen Generation von JugoslawInnen. Der lyrische Eskapismus der Hard Rock Bands weicht einem Realismus, dessen Inspiration der Alltag auf der Strasse ist.

Auch modisch grenzt man sich von den Pelzmantel und Schlaghosen tragenden Rockern ab, verzerrte Gitarren paaren sich mit zerissenen Jeans und Lederjacken. Der Punk wird zu einem Massenphänomen, die Do-it-yourself Attitüde führt dazu, dass aus Kellern im ganzen Land drei-Akkord Riffs ertönen, die Jugend hat ihre Stimme gefunden.

Die Szene wird geeint

Das Jahr 1978 wird zum Schlüsselmoment in der Entwicklung der noch jungen Szene. Während bis anhin punktuell, in verschiedensten Städten, mit den Klängen des Punk experimentiert wurde, zielt im Herbst 1978 erstmals eine Punkband, *Prljavo Kazalište*, das Cover des *Polet*, der Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation. Zukünftig wird der *Polet* als Sprachrohr der Bewegung fungieren. Die MusikerInnen, die sich bis an-



Auf dem Cover des Debütalbums der Band *Prljavo Kazalište* persifliert der jugoslawische Künstler Mirko Ilic das Logo einer bekannten Rockband.

hin lokal in den wenigen Bars und Cafes austauschten, erfahren von der Existenz von GesinnungsgenossInnen im ganzen Land und erste Festivals werden organisiert. Nicht nur die Musik, auch die bildende Kunst erlebt im Jugoslawien der späten 1970er Jahre eine Renaissance. So ist es nicht verwunderlich, dass ein reger Austausch zwischen den beiden Milieus entstand. PhotographInnen dokumentierten die aufkeimende Punkszene und fanden

in *Polet* einen dankbaren Abnehmer für ihre Bilder. Die Punkbands waren auch gern gesehene Gäste an Vernissagen der jungen KünstlerInnen. Die Band *Pankrti (Punker)* beispielsweise spielte ein Set zur Eröffnung einer Ausstellung des Künstlerkollektivs *Novi Kvadrat (Neues Quadrat)* rund um Mirko Ilic. Ilic, dessen Gruppe sich der Weiterentwicklung des Mediums Comic verschrieb, gestaltete im Gegenzug Plattencover für diverse Bands und schrieb den Text zu einem *Prljavo Kazalište* Song. Diese Einheit in der jungen Kulturszene Jugoslawiens brachte etliche einflussreiche Werke in verschiedensten Bereichen hervor.

Vom Punk zum New Wave

Im Laufe der Zeit wurden die Basslinien klarer, Synthesizerklänge erschienen im Mix, Wut wandelte sich in Melancholie, Nietengürtel wichen Make Up, der Punk entwickelte sich zum New Wave. *Darko Rundek* Sänger der Zagreber Band *Haustor* war das aufwändig geschminkte Rockidol der Stunde, ein sozialistisches Pendant zu *The Cure's Robert Smith*. Neue Bands wie *Film* oder *Idoli (Idole)* spielten introvertierten, futuristischen, verspielten, groovigen New Wave, der sich vor den bedeutenden westlichen VertreterInnen des Genres nicht zu verstecken braucht.

Kreativität und Kritik willkommen

Anhand dieser Betrachtungen der jugoslawischen Musikszene lassen sich viele Vorurteile gegenüber dem Kulturbetrieb in sozialistischen Ländern entkräften. So wird ersichtlich, dass der popkulturelle Kanon nicht bloss Produkt westlicher Errungenschaften ist, sondern dass sehr wohl auch wichtige Beiträge aus dem Realsozialismus stammen. Die jungen, wilden Bands aus Jugoslawien fanden grösstenteils eine Heimat beim staatlichen Plattenlabel *Jugoton*. Dies obwohl viele der jungen Bands der Parteiführung durchaus kritisch gegenüberstanden. Die Mär von der ideologischen Gleichschaltung entpuppt sich hier als fauler Angriff der Konterrevolution. Im Gegenteil wurden Kritik und Kreativität staatlich gefördert, sei es mit dem *Jugoton* Label oder der Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation *Polet*. Das Narrativ des sozialistischen Ostens als Gesellschaft grauer Parteidrohnen, welchem so gerne die angebliche Freiheit im Kapitalismus gegenübergestellt wird, beginnt zu bröckeln. Tatsächlich erkennt man am Beispiel Jugoslawien, dass sich dort ein reicher Kulturbetrieb entwickeln konnte, dem keinesfalls der Mund verboten wurde und dessen kritische Betrachtungen willkommen geheissen wurden.

Auf die halbe Revolution folgt die ganze Konterrevolution

VENEZUELA Am 23. Januar erklärte sich Juan Guaidó von der ultrarechten Partei »Volkswille« (VP, Voluntad Popular) zum venezolanischen Interims-Präsidenten. Auf diesen Schritt war man international gut vorbereitet.

(az) Nur wenige Stunden vergingen zwischen Guaidós Ankündigung und seiner offiziellen Anerkennung durch die USA, Brasilien und andere Staaten. Auch EU-Ratspräsident Donald Tusk setzte sich sofort für eine gemeinsame Position der EU ein. Das heisst, er will eine Anerkennung der Putschisten durch die EU-Staaten. Und damit nicht vergessen geht, wer in solchen Fällen auf welcher Seite steht: Die ersten, die sich in Deutschland als Trittbrettfahrer des Imperialismus für den Regimewechsel stark machten, war die Grüne Partei beziehungsweise deren Vorsitzender Cem Özdemir.

Die Rolle der USA

Besonders aggressiv tritt wie seit Jahren schon die USA auf. Sie haben Guaidó nicht nur sofort anerkannt, sie haben auch angekündigt, weitere Massnahmen ergreifen zu wollen, sollte sich dieser nicht durchsetzen. Dazu gehört auch ganz offen die Drohung, dass man notfalls eine militärische Intervention in Betracht ziehe – bereits hat man in Panama amerikanische Truppen zu einem Manöver zusammengezogen. Es gibt jedoch auch andere Staaten, die ihre Truppen senden könnten. Vorerst will man es jedoch bei einem verstärkten wirtschaftlichen Druck belassen. Gegenwärtig ist man in den USA darum bemüht, das im Ausland gelagerte Staatsvermögen Venezuelas Guaidó zukommen zu lassen. Dies soll die Legitimation der bisherigen Regierung weiter untergraben, indem ein ökonomischer Kollaps provoziert wird. Zugleich heisst dies, dass Guaidó die Möglichkeit gegeben wird, eigene Milizen zu finanzieren.

Der Putsch und das WEF

Etliche der Staats- und Regierungschefs, die sich ak-

tuell für Guaidó stark machen, befinden sich am WEF in Davos. Welch ein schöner Zufall! So kann man sich gleich gemeinsam zu Wort melden. In Davos haben sich unter anderem die Staatschefs von Ecuador, Costa Rica, Kolumbien und Paraguay öffentlich für den Wandel in Venezuela ausgesprochen. Man braucht kein grosses Vorstellungsvermögen um zu erkennen, dass auch hinter den Kulissen daran gearbeitet wird, dass dieser Wunsch Wirklichkeit wird.

In Davos spielen vor allem die Hinterzimmergespräche eine wichtige Rolle für die Beteiligten. Dafür gibt es ein gutes Beispiel. Schon vor den aktuellen Ereignissen war bekannt, dass Brasiliens Präsident Bolsonaro am WEF seine gegen Venezuela gerichtete Reformagenda für Wirtschaft und Handel präsentieren wird – und hinter den Kulissen UnterstützerInnen dafür suchen wird. Bolsonaros Reformagenda sieht unter anderem eine zusätzliche Schwächung linker Regierungen in Lateinamerika vor, indem rechte Kräfte zusammen mit den Rechtsregierungen Argentiniens und Chiles neu gebündelt werden – jene Staatschefs, die nun an vorderster Front für Guaidó eintreten.

Wie solche Beispiele zeigen, ist das WEF noch immer wichtiger Ort imperialistischer Machtpolitik. Imperialismus heisst nicht, dass es einen Masterplan gibt, der immer in Erfüllung geht, sondern dass es strategische Ziele zur Durchsetzung verschiedener Kapitalinteressen gibt. Daraus leitet sich staatliches Handeln ab, das auf solche Ereignisse wie aktuell in Venezuela hinarbeitet. Das WEF in Davos hilft den Herrschenden dieser Welt, solche Strategien zu koordinieren und mit der Privatwirtschaft abzusprechen – und sich notfalls die öffentliche Legitimation zu holen, seine Ziele auch mit Waffengewalt durchzusetzen.

Venezuelas Opposition

Damit später niemand sagt, man habe nichts davon gewusst: Die venezolanische Opposition mag durchaus heterogen zusammengesetzt sein. Ihr Anführer Guaidó jedoch entspricht dem autoritären Neoliberalismus, wie

er gegenwärtig auch andere Länder Lateinamerikas regiert. Dies ist keine Vermutung, sondern belegt: Die von Guaidó kontrollierte Nationalversammlung hat vor wenigen Tagen ein Dokument mit Übergangsgesetzen veröffentlicht. Darunter geht es unter anderem um die Aufhebung zentralisierter Steuerung, die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft und die Überführung öffentlicher Unternehmen in „öffentlich-private“ Gesellschaften.

Vielleicht entwickelt sich auch alles noch viel schlimmer als vermutet. Guaidó besitzt in der zerstrittenen venezolanischen Opposition nur geringe Kontrolle über seine Kräfte. Neben ihm gibt es zahlreiche Gruppen, auch solche, die noch weiter am rechten Rande stehen. Dass solche Kräfte einmal losgelassen nicht wieder gebändigt werden können, wissen wir nicht erst seit den Ereignissen auf dem Maidan. Was damit gemeint ist, zeigten die letzten grossen Proteste in Venezuela. 2017 wurden mehrere regierungstreue Personen am Rande oppositioneller Demonstrationen oder Strassenbarikaden bei lebendigem Leib angezündet. Es gibt berechtigte Anhaltspunkte, dass solche Aktionen durch rassistische Vorbilder wie etwa dem Ku-Klux-Klan inspiriert waren.

Antiimperialismus ohne Wenn und Aber

Dass es zur aktuellen Putsch-Situation kommen konnte, geht auch auf die Fehler der Regierung Maduros zurück. Man hat es verpasst, die Rätestrukturen weiter auszubauen. Auch heute noch folgt auf jede halbe Revolution früher oder später eine ganze Konterrevolution. Wenn auch darauf hingewiesen werden muss, dass die Regierung noch immer eine Massenbasis besitzt, insbesondere in der ArbeiterInnenschaft. Im aktuellen Fall ist es jedoch völlig egal, wie man zu Maduro steht. Ein vom Imperialismus, das heisst in diesem Falle vor allem durch die USA und seinen Schergen, durchgeführter Regimewechsel, unterstützt von lokalen rechten Kräften, muss immer Gegenstand revolutionärer Kritik und Intervention sein. Wer das für falsch hält, soll sich die bisherigen Interventionen in Lateinamerika in Erinnerung rufen.

Das neue Gesicht der braunen Online-Propaganda

NAZIS Es ist kaum noch möglich, sich einen umfassenden Überblick über die Online-Propaganda der Neonaziszene zu verschaffen. Zu umfangreich ist die braune Web-Präsenz. Was aber auffällt, ist das vermehrte Auftreten von vermeintlich sachlich und differenziert argumentierenden Nazi-Agitatoren. Als Vorbild dürfte ihnen die Identitären dienen.

(agafz) In den vergangenen rund zehn Jahren haben sich hauptsächlich die sogenannten Neuen Rechten in Gestalt der Identitären Bewegung und deren Vordenker den Ruf erarbeitet, die intellektuelle Schiene innerhalb des rechtsradikalen Spektrums zu repräsentieren. Beispielhaft dafür steht im deutschsprachigen Raum der neurechte und konservative Intellektuelle Götz Kubitschek mit seinem Institut für Staatspolitik und Buchverlag Edition Antaios. Als seinen aktivistischen Ziehsohn kann man den österreichischen Identitären-Aktivist Martin Sellner betrachten, der eine der europaweit führenden Figuren der Identitären Bewegung verkörpert. Zusammen mit ihren Mitstreitern und einigen wenigen Mitstreiterinnen aus fast sämtlichen europäischen Ländern (Frankreich bildet zugleich den Ursprung und Schwerpunkt der Bewegung) haben sie die rechte Online-Agitprop in den vergangenen Jahren geradezu revolutioniert. Anders als bei der neonazistischen Fraktion der extremen Rechte gab es da nicht mehr nur unprofessionell erscheinende Videos und Bildergalerien mit dumpfen Hassbotschaften und kitschig-braunem Pathos, sondern in grosser Anzahl hippe Videos auf gehobenem PR-Standard.

Den Identitären ist es damit gelungen, trotz einer überschaubaren Anzahl direkt beteiligter AktivistInnen übers Internet eine enorme Reichweite zu erzielen. Inzwischen fast wichtiger als die Videos ihrer Aktionen sind Videos, wo per Standbildkamera Kommentare und Vorträge ihrer Aushängeschilder aufgezeichnet werden. Sehr auffallend bei diesen Videobeiträgen ist ein bestimmter Intellektuellen-Habitus, der auf eine gepflegte Sprache und eine akademisch anmutende Argumentation achtet. Die darin referierenden Protagonisten sitzen vorzugsweise vor einem Bücherregal oder mit einem bildungsbürgerlich anmutenden Wohnzimmer inklusive Kunstgegenstände im Hintergrund. Auch die Kleidung soll proper und im klassischen Sinn als stilsicher rüberkommen.

Das Ziel dieser distinktierten Selbstdarstellungsweise ist offensichtlich: Es sollen vornehmlich gut integrierte Jugendliche und junge Erwachsene mit höherem Bildungsniveau angesprochen werden, welche wie die Identitären selber von ihrem Auftreten her bis in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein vermittelbar sind. Die Identitären wollen eine metapolitische Sphäre schaffen, in der Reaktionärsein nicht mit einem Verlierer- oder Aussenseiterimage einhergeht. Die schon über einen längeren Zeitraum regelmässig sehr hohe Anzahl an Aufrufe einzelner Videos sowie die beachtliche Anzahl an Abonnenten von einschlägigen Youtube-Channels kann als Beleg dafür dienen, dass die Bestrebungen der Identitären Bewegung nicht ohne Wirkung bleibt.



Der «sympathische Neonazi» von nebenan - Frank Krämer

Die echten Nazis springen auf den Zug auf!

Inwieweit die erfolgreiche Selbstvermarktung der Identitären für die braune Rechte den Input lieferte, sich agitprop-mässig selber einmal zu überdenken, lässt sich nicht wirklich eruieren. Offensichtlich ist aber, dass es inzwischen auch genuine Neonazis mit einigem Erfolg gelingt, neue Onlineformate zu etablieren. Einige braune Protagonisten haben offenbar begriffen, dass Argumentationsstil und verwendete Sprache, soll ein Publikum über die eigene Szene hinaus angesprochen werden, von immenser Bedeutung sind. Entsprechend kommen die neuen Formate als Agitpropplattformen wie ein Gegenentwurf zum bisherigen Agitpropkrösus der Neonazis, dem Rechtsrock, daher. Auch die Nazis haben den anscheinend ungezwungenen Gesprächsrahmen, den sachlichen Tonfall und die pseudo-wissenschaftliche Argumentation als vielversprechendes Propaganda-Stilmittel entdeckt.

Als exemplarisches Beispiel dieses neuen Gesichts der Nazipropaganda kann das Format «Der dritte Blickwinkel» vom Stahlgewitter-Gitarristen und Inhaber des Sonnenkreuzversands Frank Krämer herhalten. Krämer ist denn auch nicht nur irgendein Internetphänomen, welchem man eine substanzielle Anbindung an die aktive Neonazi-Szene absprechen könnte, sondern selber ein bis in die Kameradschaftszene hinein tief verankerter und geachteter Aktivist. Krämer greift in seinem Videoformat, welches sehr regelmässig neue Beiträge liefert, verschiedene tagesaktuelle Ereignisse auf. Meist geht es dabei um Gewalttaten, die tatsächlich oder vermutlich von Tätern mit Migrationshintergrund begangen wurden, aber

auch um aktuelle Debatten in den Massenmedien oder um Vorgänge in der parlamentarischen Politik. Fast immer laufen Krämers Reflektionen aber darauf hinaus, dass Deutschland und Europa beziehungsweise deren Völker aufgrund von Masseneinwanderung dem Untergang geweiht seien. Dabei bleibt Krämer in seinen Ausführungen immer ruhig und verzichtet auf den lauten und scharfen Tonfall, wie er für viele faschistische Agitatoren typisch ist. Er mischt dabei auch geschickt tatsächliche Fakten mit haltlosen Behauptungen und Pseudodifferenzierungen und erreicht damit, dass er für den ausserstehenden Beobachter ohne ausreichendem Hintergrundwissen als rational und vernünftig erscheint. Er verzichtet zumeist auch darauf, allzu fest gegen den politischen Gegner zu hetzen, sondern stellt diesen mehr als ideologisch verblendet, naiv und letztlich ziemlich hilflos dar. Dies macht Agitprop-Plattformen wie «Der dritte Blickwinkel» tendenziell gefährlicher als klassische Nazipropaganda, weil sie aufgrund ihrer Aufmachung auch auf Leute ansprechend wirken können, die sich nicht schon längst selber in einem braunen Delirium befinden.

Es gibt neben «Der dritte Blickwinkel» noch weitere Youtube-Formate ähnlicher Art, die sich regelmässig aufeinander beziehen. Prominentere Beispiele dafür wären «Orwellzeit» oder «Der Volkslehrer» sowie Podiumsgespräche wie «Auf Biegen und Brechen». Allen gemeinsam ist eine eindeutig nationalsozialistische Weltansicht, Geschichtsrevisionismus und biologischer Rassismus inklusive.

MERKE!

In Basel an der Demo zu Rojava.



Gesellschaftliche Produktion und private Reproduktion

REPRODUKTIONSARBEIT Sie ist in der kapitalistischen Produktionsweise – im Gegensatz zur Lohnarbeit – Privatsache. Sie zählt deshalb nicht als produktive Arbeit. Und je mehr es der Bourgeoisie gelingt, Reproduktionsarbeit in die proletarischen Haushalte zu verschieben, desto tiefer sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft. Dieses Paradox kann nur in einer zukünftigen Gesellschaft aufgehoben werden, durch Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit.

(gpw) Basis der Ausbeutung in der kapitalistischen Produktionsweise ist der Mehrwert, der durch die ProletarierInnen in der Produktion für die Bourgeois erarbeitet wird. Diese Produktion ist heute vergesellschaftet: Keine Warenproduktion, ohne dass ein grosser Teil der Gesellschaft involviert wäre. Es ist schlicht nicht vorstellbar, einen Computer herzustellen, ein Auto oder auch nur ein modernes Fahrrad mit den Ressourcen einer einzelnen Arbeitskraft oder eines einzigen Standortes. Es werden daher verschiedenste Arbeiten und damit Arbeitskräfte sowie verschiedene Rohstoffe aus allen möglichen Regionen benötigt, um moderne Waren herzustellen. Die Vergesellschaftung der Produktion hat so, bis auf kleinere Nischenplätze, jeden Bereich der Ökonomie erfasst.

Während, aus diesen Gründen, die Arbeit in der Produktion von Waren einen gesellschaftlichen Charakter hat, also die Form von gesellschaftlicher Arbeit, ist die Reproduktionsarbeit – vom Wäsche waschen, Essen machen bis zum Aufziehen der Kinder – grösstenteils Privatsache. Dadurch hat sie die Form von Privatarbeit, meist vermittelt durch die «typische» Kleinfamilie. Eine Ausnahme ist die Bildung der Kinder, also der späteren Arbeitskräfte, durch die Schule. Nicht, dass hier die Bourgeoisie «dieselben Chancen für alle» will, sondern es ist nicht möglich, dass das Wissen, das Arbeitskräfte heute brauchen, privat gelehrt wird.

Es wird also eingekauft und gekocht, gewaschen und Staub gesaugt, unbezahlte Arbeit, die erledigt werden muss, soll die Arbeitskraft auch die nächsten Tage, Wochen und Monate einsatzfähig sein. Müsste diese Arbeit bezahlt werden, würde das die Kosten für eine Arbeitskraft für das Kapital massiv erhöhen. Der Mehrwert würde entsprechend schmälert. In Wirklichkeit ist es umgekehrt: Die Reproduktionsarbeit verbilligt die Kosten der Arbeit für das Kapital. So kommt es, dass, je mehr private Reproduktionsarbeit in die Produktion der Ware Arbeitskraft gesteckt wird, der Wert dieser Ware nicht steigt, wie es bei allen anderen Waren der Fall ist, sondern sinkt. „Ist es auch Irrsinn, hat es doch Methode“: So lange kapitalistische Produktionsweise herrscht, kann dieser Widerspruch nicht aufgehoben werden.

Umfassende Entwicklung der Persönlichkeit

In einer zukünftigen Gesellschaft muss daher die Kleinfamilie, soweit sie Trägerin von privater Reproduktionsarbeit ist, aufgehoben werden. Die Entwicklung der Persönlichkeit und die Sozialisierung eines Kindes müssen so weit als möglich von der Gesellschaft als Ganzes getragen und verantwortet werden. Auch der biologische Teil, der im Kern nur von Frauen individuell geleistet werden kann, wird im Sozialismus, als Teil der Reproduktion für die zukünftige Gesellschaft, ebenfalls als gesellschaftliche Arbeit gelten. Damit werden Kinder nicht mehr Produkt privater Arbeit sein, die als solche keinen Wert bilden kann, wie es im Kapitalismus der Fall ist.

Dies entschärft zwei grundlegende Widersprüche der heutigen Gesellschaft. Auf der einen Seite kann schon im frühen Alter, kindgerecht, Arbeit und Bildung integriert werden, da die Arbeit nicht Mittel privater Ausbeutung sein wird. Kinder werden auf der andern Seite keine Privatangelegenheit mehr sein, über die die Eltern das Bestimmungsrecht haben. So kann in einer zukünftigen Gesellschaft die Entwicklung der Persönlichkeit, ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen für alle – unabhängig von Einschränkungen durch private Interessen oder Vorlieben ihrer Eltern – gewährleistet werden. Dadurch werden, andererseits, auch die Eltern freier in der Gestaltung ihrer Beziehung zu den Kindern.

Menschen bringen eine biologische Ausstattung mit, welche die Reproduktionsarbeit so besonders anspruchsvoll und für viele auch befriedigend macht:

1. Wir sind „physiologische Frühgeburten“, weshalb es eine jahrelange, sorgfältige und kompetente Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern braucht.

2. Die allseitige Entwicklung zu gesellschaftlich kom-



«Roboter können staubsaugen... Menschen für die Zukunft werden nicht mit Robotern erzeugt»

petenten Menschen ist abhängig vom Grosshirn. Das ermöglicht und erfordert lange und intensive Ausbildungs- und Formierungsprozesse spätestens vom Schulalter an.

Diesen besonderen Ansprüche an diese Arbeit, eine uneingeschränkte Entwicklung der Säuglinge, Kinder und jungen Erwachsenen zu garantieren, kann nur gewährleistet werden wenn diese als gesellschaftliche Arbeit «professionalisiert» wird. So ist es möglich, die Fähigkeiten und Interessen der Kinder unabhängig von den Fähigkeiten und Interessen der biologischen Eltern zu fördern. In einer Gesellschaft, in der nicht einfach die besten Schulnoten zählen und die Kopf- gegenüber der Handarbeit den grösseren Wert besitzt, kann besonders darauf geachtet werden, wo welche Kompetenzen liegen, welche Fähigkeiten und Interessen gefördert werden können.

Kinder, Jugendliche wie auch Erwachsene leisten, indem sie lernen und sich zu aktiven und kompetenten Gesellschaftsmitgliedern entwickeln, selber anspruchsvolle Eigenarbeit, die schliesslich der ganzen Gesellschaft zu gute kommt. Diese Eigenarbeit berechtigt sie, eigenständig „entlohnt“ zu werden, also am gesellschaftlichen Produkt teilzuhaben und über ihren Anteil selbst zu bestimmen. Das gilt für jede Art der Aus- und Weiterbildung. Im Gegenzug wird längere Aus- und Fortbildung keinen Anspruch auf höhere Belohnung begründen.

Solche grundlegenden Veränderungen brauchen nicht nur eine absolute Neugestaltung der Politik und der Ökonomie, sondern wird im Besonderen in den Köpfen ein Kampf um die Revolution sein. Sätze wie «Mein Kind wird einmal Rechtsanwältin oder eine Ärztin» kommen aus der tiefen Verinnerlichung der Werte des kapitalistischen Leistungsprinzips und der Konkurrenz jede gegen jeden.

Reproduktionsarbeit als Frage des Geschlechts

Ein Grossteil der Reproduktionsarbeit, das heisst von der nicht bezahlten Arbeit im Haushalt und mit den Kindern, wird heute von Frauen ausgeübt. Dies hat verschiedene Ursachen, und einige davon sind historisch gewachsen. Die Überwälzung der Reproduktionsarbeit auf Frauen ist einer der Hauptgründe dafür, dass Frauen schlechtere Berufs- und Karrierechancen haben und darüber hinaus meist schlechter verdienen als Männer, auch wenn sie dieselben Arbeiten ausführen. Zusätzlich werden sie sehr oft für weniger qualifizierte Arbeiten eingestellt. Das führt in auch heute noch in «typischen Kleinfamilien» oft dazu, dass die Männer Lohnarbeit leisten, während sich die Frauen um die Reproduktion kümmern.

„Die Entwicklung hin zur kapitalistischen Produktionsweise hat die individuellen ProduzentInnen der Produktionsmittel enteignet, so dass heute die Produktionsarbeit getrennt von den Familien, in den kapitalistischen Betrieben stattfindet, während die für die Reproduktion der ArbeiterInnenklasse notwendige Familienarbeit den Charakter einer reinen Privatsache angenommen hat. Dadurch entwickelte sich der historisch neuartige Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion.“ (Plattform des Revolutionären Aufbaus)

Das ist die materielle Grundlage dafür, dass wir den

Geschlechterwiderspruch als Teil und Besonderheit des kapitalistischen Klassenwiderspruchs betrachten. Es ist nicht so, dass der Kapitalismus „das Patriarchat“ einfach von älteren Produktionsweisen übernommen hätte, sondern er hat es eigenständig umgestaltet und zu einem seiner eigenen Charakteristika gemacht.

Im Gegensatz zu heute werden in einer sozialistischen Gesellschaft die Arbeiten je nach Fähigkeiten – intellektuellen, emotionalen und körperlichen – aufgeteilt werden. Mühsame, eintönige und unangenehme Arbeiten, die es in beschränktem Mass weiterhin brauchen wird, müssen so gerecht wie möglich verteilt werden, sowohl in der Produktion als auch der Reproduktion. Die Aufhebung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion wird es unnötig machen, moralisierend an die Frage geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung heranzugehen, da die Reproduktionsarbeit nicht mehr benachteiligt sein wird. Sie wird für viele Gesellschaftsmitglieder, Frauen und Männer, eine der attraktivsten Formen sein, ihre Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Dies ist der zweite einer Serie von Zeitungsartikeln, in denen perspektivisch behandelt wird, wie sich die Grundwidersprüche des Kapitalismus in einer zukünftigen Entwicklung aufheben und andere sich verschieben werden. In der letzten Nummer (aufbau 94) standen die modernen Produktivkräfte im Zentrum, die im Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen stehen. Heute beleuchten wir den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion, welcher die Grundlage des Geschlechterwiderspruchs bildet, als Teil und Besonderheit des Klassenwiderspruchs.

SOLIDARITÄTSKALENDER FÜR ROJAVA!



Mit dem Gewinn werden Celox-Verbände für die Front gekauft.

Der Kalender wurde im Rahmen der Kampagne „Revolutionäre Solidarität mit Rojava“ erstellt, um Gelder für blutstillende Celox-Verbände zu sammeln, die im Kampf für die Verteidigung Rojavas Leben retten.

NORMAL: 10 CHF
SOLI: 15 CHF

Erhältlich: im Aufbau Vertrieb (Kanonenstrasse 35, Zürich) - jeden Samstag 12-17 Uhr
Zu bestellen über: info@rhi-sri.org
weitere Infos: www.rhi-sri.org

Sind alle Feministinnen hässlich?

ANTIFEMINISMUS Gleichzeitig zur erstar-kenden Frauenbewegung weltweit, nehmen auch antifeministische Positionen zu. Die Widersprüche verschärfen sich. Während der Antifeminismus von Reaktionären die tradi-tionellen Geschlechterrollen betont und diese sich durch feministische Aktivität bedroht und bevormundet fühlen, negieren neolibe-rale antifeministische Positionen strukturelle Benachteiligung von Frauen und verhöhn-en Feministinnen. Eine prominente Vertreterin dieser Position ist Tamara Wernli, bekannte rechte Bloggerin, welche seit neuem für die Weltwoche schreibt.

(fk) Frauen haben in der Arbeitswelt einen wichtigen Platz eingenommen. Jedoch sind sie häufig durch die Doppelbelastung von Arbeit und Familienaufgaben, sowie aufgrund einer schlechteren Entlohnung mehr-fach ausgebeutet. Im Zuge der neoliberalen Politik und Ideologie werden Frauen jedoch als erfolgsorientierte, leistungsstarke Subjekte konstituiert. Frauen werden in die kapitalistische Wirtschaftsordnung integriert und individuelle Erfolgsgeschichten von Frauen gepusht und vermarktet. Aus der Möglichkeit als Frau in den In-dustrienationen erfolgreich zu sein, wird eine Doktrin geschaffen und postuliert, dass die Geschlechtergleich-heit erreicht sei. Versagen wird - generell in der kapi-talistischen Ideologie - als individuelle Inkompetenz und Faulheit dargestellt. Frauen sollen einfach härter arbeiten, so wie es Männer längst tun, wird impliziert.

Die verdrehte Schwarz-Weiss Welt einer Antifeministin

Auf die Spitze treibt Tamara Wernli, ehemalige Tele-basel Moderatorin und Kolumnistin der Basler Zeitung, solche Positionen in ihrem Blog und auf Youtube. Sie verzeichnet dort mehr als 20'000 AbonnentInnen und ihre Videos wurden teils mehr als eine viertel Million Mal angeklickt. Auch die Afd bekundete bereits Interes-se an ihrer Person und ihre Videos werden in diversen rechten Foren geteilt. Bei ihren teils haarsträubenden Aussagen und Argumentationen nicht nur polemisch zu werden, ist nicht ganz einfach. Dennoch scheint eine sachliche Auseinandersetzung wichtig, wenn man die aktuelle Frauenbewegung und ihre wechselwirkende Reaktionen verstehen will. Auch stellt sich die Frage, inwiefern und ob überhaupt die aktuelle feministische Bewegung solchen Argumentationen genügend entge-gensetzt.

Tamara Wernli auf jeden Fall verdreht in ihrem Blog munter Tatsachen und scheint in breiten rechtspopuli-stischen Kreisen gut anzukommen. So schreibt sie in einem Blogbeitrag, die männliche Dominanz im Jour-nalismus hänge damit zusammen, dass Frauen in den so-zialen Medien lieber ihre sozialen Kontakte pflegen und Männer halt couragierter und mit Humor tweeten. Sie begründet die Klagen um Benachteiligung von anderen journalistischen Frauen damit, dass diese gerne in der Opferrolle seien. Strukturelle Benachteiligung und erschwer-te Bedingungen um in der Branche Fuss zu fas-sen, beschimpft sie lakonisch als Lüge. Noch weiter geht sie in ihrem nächsten Blog, wo sie Frauen pauschal in zwei Kategorien einteilt: die Schönen und die, die nei-



Womans March in Zürich, an dem auch gegen Antifeministen demonstriert wurde.

dich darauf sind. Nicht schwer zu erraten, welcher Ka-tegorie Feministinnen zugeteilt werden. Mit einfachen psychologischen Einteilungen wird feministischen Frauen nicht zugestanden gleichzeitig zufrieden mit sich zu sein und trotzdem gegen gängige Schönheitsideale zu kämpfen oder gar unterdrückende Strukturen anzugreifen. Die Welt wird schwarzweiss gezeichnet. Dass derart undifferenzierter Journalismus anziehend wirkt, ist spannend und auch etwas traurig.

Nährboden Neoliberalismus

Dass die Welt etwas komplexer ist, als Frau Wernli sie darstellt, ist uns klar. Dennoch scheinen solche Phra-sen nicht ganz unbeliebt. Die neoliberale Doktrin lei-stet ihre Aufgabe und scheint sich bei vielen Menschen verinnerlicht zu haben. Seit mehreren Jahrzehnten wird uns eingetrichtert, dass jedes Individuum alleine verantwortlich ist für Erfolg und Wohlstand. Auch die Frauen sind seit einigen Jahren in die Marktwirtschaft gut integriert worden. Karriere machen wird heute al-len Geschlechtern zugestanden (auch wenn es Frauen schwerer haben auf dem Weg dazu, was teils zugestan-den wird, teils abgestritten wird). Selbst die rechtsbür-gerliche Politik kombiniert traditionelle Familienbilder mit dem Leistungsprinzip. Es wird suggeriert, Frauen hätten ja die Wahlfreiheit für Karriere und gegen Fami-lie und könnten diese Entscheidungen frei treffen (über Karriere UND Familie braucht frau sich gar keine Ge-danken zu machen). Somit brauche es keinen nervigen Feminismus mehr. Dass diese Wahlfreiheit im Alltag und in der Realität oft nicht gegeben ist, gar ironisch an-mutet, wird unter den Teppich gekehrt. Ungleichheits-verhältnisse und erschwerte Bedingungen, Sexismus im Arbeitsalltag, werden partout verschleiert. Wer sich ge-gen Ungerechtigkeit wehrt, wird von neoliberalen Ver-treterInnen in die Opferrolle gedrängt. Überhaupt wird der Begriff Opfer für etwas Schwachem gemacht. Dass man faktisch Opfer sein und trotzdem kämpferisch sein

kann ohne sich selber als Opfer zu betrachten, wird - wie so vieles - negiert.

Trotzdem Frauenbewegungen überall!

Dennoch wird für Millionen von Frauen deutlich, dass die Unterdrückung der Frau existiert und sie gehen seit nun gut fünf Jahren vermehrt auf die Strasse. Sie protestieren gegen sexistische Handlungen in der Ar-beitswelt, gegen sexuelle Übergriffe und für gerechtere Strukturen. Die Positionen der Feministinnen sind viel-fältig. Viele junge Frauen sind vom Popfeminismus der kulturellen Branche (vor allem in Amerika) inspiriert. Die Klassenfrage wird dabei selten offensiv gestellt. Hier liegt auch die Problematik: es mangelt an klaren Haltungen gegen die herrschenden Klassenverhältnisse und es kommt teilweise gar zur Integration von postfe-ministischen Positionen in die kapitalistische Ordnung. Oft fehlt es noch an Klassenbewusstsein, die Biografien von allen Frauen, egal welcher Klasse, werden in einen Topf geworfen. Dadurch fehlt ein klares Argumentari-um gegen neoliberale Positionen.

Es scheint irgendwie offensichtlicher, dass frau sich altem, reaktionären Gedankengut ala „zurück an den Herd“ entgegenstellt, als dass frau sich kritisch mit den Angeboten, die der Kapitalismus heute, vor allem bes-ser gestellten Frauen mit gutem Bildungsstand indi-viduell anbietet, auseinandersetzt.

Wenn jedoch die Unterdrückungslinie entlang von Klassen betrachtet wird, wird klar, dass die bürgerlichen Versprechungen für die meisten Frauen auf dieser Welt leere und lächerliche Versprechungen sind. Deswegen sind viele junge Frauen auf der Welt auch laut und er-heben sich, den jede einzelne merkt, dass die Emanzipa-tion der Frau noch lange nicht erreicht ist und Kämpfe notwendig sind.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Aktion gegen das brasilianische Konsulat in Zürich

Wir haben in der Nacht vom 23.01.2019 auf den 24.01.2019 das brasilianische Konsulat an der Stampfenbachstrasse in Zürich angegriffen. Das alljährliche Treffen der Bourgeoisie und ihrer po-litischen VertreterInnen in Davos bietet ihnen die ideale Gelegenheit für Absprachen und Deals in den Hinterzimmern der Luxushotels. Klar zeigte sich dies an den Interessen die der Bundesrat Maurer gegenüber Bolsonaro vertritt. Die ökonomischen Interessen kommen vor allen andern. Da-ran ändert wenig, dass hochkarätige Delegationen aus den USA, Frankreich oder Grossbritannien ihre Präsenz am Anlass aufgrund von massiven Widersprüchen und Konflikten im jeweils eigenen Land absagen mussten.

Grundsätzlich werden dort oben alle Politike-rInnen hofiert, die einen Standort vertreten, der Profit für die imperialistischen Konzerne verspricht. Eines der augenfälligsten Beispiele ist in diesem Jahr die Einladung des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro. Einerseits erreaktionär und mit einem

klaren Plan, die Reaktion in ganz Brasilien durch-zusetzen. Andererseits eben Liebling der Märkte, gelobt durch Deutsche Bank oder The Economist. Bolsonaro hat keine Zeit verstreichen lassen, um seine im Wahlkampf angekündigten Versprechen umzusetzen. Er hofiert die Rüstungs- und Agrar-lobby, erklärt der gesamten Linken den Krieg, nimmt indigene Bewegungen ins Visier, greift die LGBT-Bewegung an, schafft Genossen wie Cesare Battisti aus... Die Liste lässt sich fortsetzen, sie er-klärt weshalb in diesem Jahr die staatliche Vertre-tung dieses Lands zu unserem Ziel wurde.

[...]

Wie prekär die aktuelle Lage der Herrschenden allerdings tatsächlich ist, zeigt sich an den Absagen prominenter Gäste wenige Tage vor Beginn des Forums. Trump kann nicht, weil der US-Staat sich im shutdown befindet und tausende Angestellte seit Wochen unbezahlt bleiben. Macron kann nicht, weil die Gelbwesten mächtig Dampf machen und ihm die Gelbwesten mächtig Dampf machen und ihm und seiner Politik den Kampf angesagt haben. May kann nicht, weil die Brexitverhandlungen ohne Ergebnis sind, während das ursprünglich für

den Austritt Grossbritanniens aus der EU vorgese-hene Datum immer näher rückt. Ja, sie können in Davos ihre 4. industrielle Revolution anbieten oder bejubeln, aber nein, diese wird die Widersprüche weltweit nicht überwinden, sondern höchstens ver-schärfen. Umso ermutigender, dass es dort, wo es knallt, linke Akteure gibt, die nicht zurückweichen, sondern die Gelegenheit beim Schopf packen, um das System frontal anzugreifen und darin eine re-volutionäre Perspektive zu entwickeln.

Für eine revolutionäre Perspektive!

Quelle: <https://barrikade.info/Aktion-gegen-das-brasilianische-Konsulat-in-Zurich-1820>



Volker Kutscher: Gereon Rath's Fälle

Mit «Babylon Berlin» hat die deutsche Filmindustrie eine teure, aufwendige Serie auf den Markt gebracht, die sehr viel Anklang findet. Doch sind die Bücher, auf denen die TV-Produktion basiert, sehr viel lesenswerter, als die Serie vermuten liesse.

Gewiss, die Hauptperson ist auch in den Büchern Gereon Rath und der ist Polizist, die Ereignisse sind aus seiner Perspektive beschrieben. Damit muss leben können, wer Kriminalromane liest. Allerdings bestehen die Krimis von Volker Kutscher ohnehin nicht durch ihre Kriminalfälle, die sind Rahmengeschichte, interessant ist viel mehr das Funktionieren des Polizeiapparates, welchen Zwängen die Beamten unterworfen sind und wie die sich ändern, wer auf welcher Position arbeitet und wie das ausgehandelt wird. Die MacherInnen der TV-Serie haben sich allerdings entschieden, dieses eher spiessige und langatmige Narrativ wegzulassen, dafür auf Glitzer und Spektakel zu setzen. Das mag den Sehgenuss steigern, den historischen Tiefgang sicher nicht.

Die Hauptfigur des Kommissars ist ein Sohn aus reicher, katholisch-konservativer Familie aus dem Umfeld Konrad Adenauers. Wie viele seiner Zeitgenossen wurde er jung in den Ersten Weltkrieg geschickt und kam traumatisiert zurück. Jetzt hat er die Nase voll von Politik und will damit nichts zu tun haben. Es ist gerade diese Verweigerung Rath's gegenüber allem Politischen, mit der die politische Brisanz der Zeit aufgezeigt wird, denn sie ist schlicht nicht möglich, alles ist politisch. Egal, wie sehr er sich zu entziehen versucht, der Spielraum innerhalb des Polizeiapparates wird immer enger und nur dank einiger Kunstgriffe - wovon keineswegs alle glaubwürdig sind - bleibt Rath im Dienst.

In den Büchern nimmt Charlotte Ritter eine sehr wichtige Rolle ein, und ihre Darstellung in der Serie ist nicht nachvollziehbar, der Figur aus der Vorlage noch nicht einmal ähnlich. Die fleissige Jus-Studentin aus mittelständischen Verhältnissen, die politisch artikuliert ist und dadurch immer wieder in Schwierigkeiten gerät, wird in der Serie zu einer durchtriebenen Lumpenproletarierin, die dem Herr dient, der bezahlt. So viel Clichée, dass keine weiteren Worte darüber verloren werden müssen.

Die Weimarer Republik war eine historisch wichtige Zeit, es lohnt sich, mehr über sie zu wissen. Wer aber «Babylon Berlin» schaut, bekommt eine Fassade vorgeführt, von der man meinen könnte, das Berliner Stadtmarketing habe sie entworfen. «Diese Stadt macht süchtig» heisst deshalb auch der Werbeslogan. Die Vorlage hat das nicht verdient.

Die Taschenbücher sind bei KiWi erschienen. Die bisherigen Folgen basieren auf dem ersten Band «Der nasse Fisch» von Volker Kutscher.

Auch andere Gründe sprachen gegen Frauen und Sport. Sie konnten nicht so schnell laufen und überhitzten leicht.

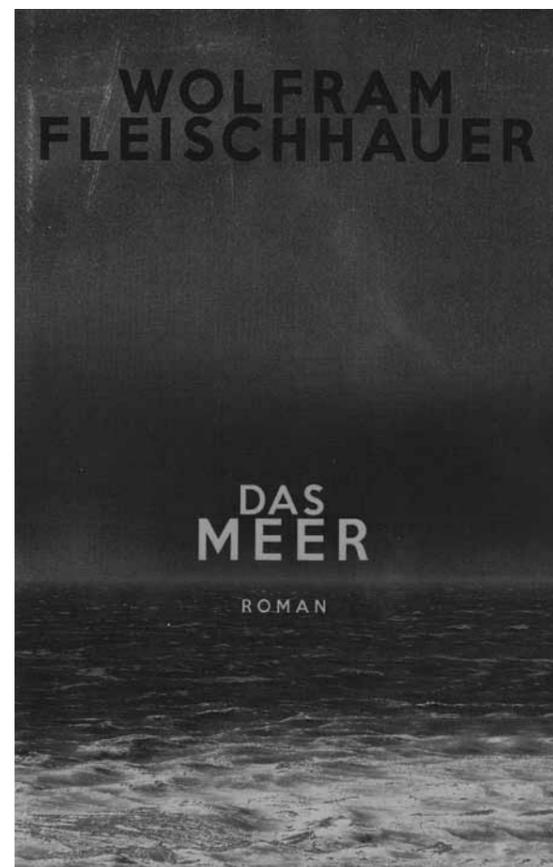


Jacky Fleming: Das Problem mit den Frauen

«Früher gab es keine Frauen, deshalb lernt ihr im Geschichtsunterricht auch nichts über sie. Es gab nur Männer und ziemlich viele waren Genies.» So beginnt Jacky Fleming's kleine illustrierte Geschichte über die Rolle der Frau in der Geschichte. Im Gegensatz zu den sehr witzigen, altmodischen Zeichnungen, bleibt der Tonfall bis zum Ende trocken und bierernst. Die feministische Cartoonistin zitiert und paraphrasiert historische Persönlichkeiten, am liebsten solche wie Jean-Jaques Rousseau oder Immanuel Kant, die als «Aufklärer» gelten und damit erzeugt sie viele Lacher. Obwohl Sarkasmus der Schwere der Fragestellung möglicherweise nicht angemessen scheint, so ist er doch wohlthuend. Denn die Phase der vermeintlich wissenschaftlichen und objektiven Begründungen der sexistischen Diskriminierung ist heute überwunden, so würde niemand mehr zu behaupten wagen, das weibliche Hirn sei im Gegensatz zum männlichen «objektiv» viel kleiner und ausserdem schwammiger Konsistenz. Also lachen wir über die grossen Männer, die paternalistischen und abwertenden Stumpfsinn als Weisheit ausgaben. In der Reflexion allerdings bleibt das Lachen im Hals stecken. Ist dem wirklich so? Ist es nicht eher alles anders und doch vieles gleich?

Ein Dokumentarfilm über das Kunstschaffen, der gänzlich ohne Frauen auskam, verärgerte Fleming so sehr, dass sie sich entschied, diese Satire zu verfassen. Ihr Vorsatz zu beweisen, dass es auch Frauen gegeben hätte, wären sie nicht verhindert oder verschwiegen worden, ist nicht originell. Frauen-Empowerment-Literatur hat ihre Berechtigung, doch ist sie keine Seltenheit. Fleming's Buch sprengt nun aber die Grenzen des Genres. Mit wenigen Sätzen und treffenden Zeichnungen kann sie den Zeitgeist und die Fehlschlüsse in den Vordergrund rücken. «Darwin sagte, wenn man eine Liste der ausgezeichnetsten Männer mit einer der ausgezeichnetsten Frauen vergleiche, werde deutlich, dass Männer in allem besser seien.» Die Liste bewies, was es zu beweisen galt. Jacky Fleming zeigt auf, wie stark die gesellschaftliche Situation als «wissenschaftliche Tatsache» gesehen wird und führt die «Erkenntnisse» vor, sowohl scharfsinnig als auch böse. Und wir können ihr auch zu Gute halten, dass sie (im Gegensatz zu vielen anderen) die proletarische Frau nicht gänzlich vergisst. Es wäre bereichernd, wenn sie diese zum Inhalt ihrer nächsten Satire machen würde.

Jacky Fleming: Das Problem mit den Frauen. KiWi 2017.



Wolfram Fleischhauer: Das Meer

Der neue Roman von Wolfram Fleischhauer ist ein bewegender Thriller über den Lebensraum, dem wir entstammen – das Meer:

Eine junge Biologin und Fischerei-Beobachterin verschwindet auf hoher See von einem industriellen Fischfangschiff unter spanischer Flagge. Die Untersuchungen zur Aufklärung verlaufen im Sande. Viele Arbeiter auf diesen Schiffen sind Sklaven, ohne Möglichkeit jemals wieder an Land zu kommen oder zu fliehen. UmweltaktivistInnen versuchen mittels Sabotage die Zerstörung der Weltmeere zu stoppen. Doch welche Chance haben sie gegen eine verantwortungslose Politik im Dienste der Profiteure und die weltweit agierende skrupellose Fischereimafia?

Die Wirklichkeit, die Fleischhauer in diesem fiktiven Ökothriller aufzeigt, ist erschütternd. Die Meere stehen durch extreme Überfischung und die illegale Fischerei kurz vor dem biologischen Kollaps. In Verbindung mit den zusätzlichen Gefahren durch den Klimawandel, die massive Verschmutzung der Meere durch Öl und Plastik sowie die Zerstörung elementarer biologischer Prozesse in der Tiefsee durch Tiefseebergbau ist das Ökosystem Meer an allen Fronten akut in seiner Existenz bedroht. Die grossen Erzeuger- und Verbrauchernationen ignorieren seit Jahren alle wissenschaftlichen Warnungen, die besagen, dass die derzeit drohende Ausrottung aller Wildfischarten und das exponentielle Wachstum von Zuchtbetrieben, mit den aus der Viehzucht bereits bekannten katastrophalen Folgen für das gesamte Ökosystem der Erde, nur durch einen kompletten Verzicht auf Fischereierzeugnisse aus dem Meer für mindestens zwei bis drei Generationen zu reparieren sei. Ausgenommen die kleine Küstendfischerei, da die Ärmsten der Armen nach wie vor Zugriff auf eine für sie lebenswichtige Ressource benötigen. Angesichts der Tatsache, dass für den Lebensstil eines grossen Teils der Menschen in den reichen Metropolen jährlich das Zweifache dessen verbraucht wird, was die Erde erzeugen kann, erweist sich die Forderung nach ganzlichem Verzicht als absolute Notwendigkeit, will die Menschheit sich retten.

Ein richtig spannender Krimi, der aufzeigt, dass die Gier des Kapitalismus nicht aufzuhalten ist und all seine Scheinkontrollinstanzen nichts wert sind.

Und natürlich ist auch die Schweiz bei jeder Schweinerei mit dabei.

Das Meer: Wolfram Fleischhauer. Droemer Verlag 2018.

What is Love? Über den Ursprung der Liebe

ROMANTISCHE LIEBE In unserer kapitalistischen Gesellschaft gibt es wohl kaum ein Gefühl, das prägender für unser Leben ist als die Liebe™, neben Wohlstand und Reichtum gilt sie als besonders erstrebenswert. Doch woher kommt diese Fixierung auf die romantische Zweierbeziehung (RZB) und was ist Liebe eigentlich?

(fk) Liv Strömquist ist eine schwedische Politologin, die Comics macht. Nachdem ihr Comic über die Menstruation («Der Ursprung der Welt», Lesetipp für alle) in der deutschen Übersetzung ein Erfolg war, wurde nun auch ihr Comic über die Liebe übersetzt.

Ihre Panels sind prall mit Text gefüllt, die Bilder selbst stehen eher im Hintergrund, wobei sie in einem unverkennbaren Stil gezeichnet sind. Es geht primär um den Inhalt, die Form passt nicht allen, doch wer sich auf das ungewöhnliche Format einlässt, muss sich für dieses Wissen nicht durch trockene Forschungsliteratur quälen – tolle Gedanken von spannenden Menschen, mit denen wir sonst nicht so einfach in Kontakt kommen. Denn Liv Strömquist bringt uns erstaunliche Facts und Theorien über unser Verständnis von Liebe näher. Und rechnet dabei mit dem Kapitalismus sowie dem Patriarchat als Beziehungskiller ab. Dabei geht sie von einem eurozentristischen Standpunkt aus und bezieht sich in ihrer Analyse auf unsere westeuropäische Gesellschaft. Demgegenüber stellt sie immer wieder (historische) Alternativen anderer Kulturen. Auf witzige Art und Weise spürt sie die Wurzel des banalen Beziehungsalltags auf und zeigt, wie politisch das vermeintlich Private ist.

Im Comic werden die Stereotypen des unabhängigen Mannes und der fürsorglichen Partnerin entlarvt. Primär wird von der heterosexuellen monogamen Beziehung gesprochen, dabei sollte allerdings der kritischen LeserIn bewusst sein, dass sich auch in queeren Verbindungen dieselben Stereotypen reproduzieren lassen.

Natürlich geht es dabei auch um Sex. Vor der Liebesheirat gab es arrangierte Ehen, wobei das sexuelle Eigentumsrecht des Mannes über die Frau elementar war. Dies änderte sich auch mit Einführung der Liebesheirat nicht: Denn ausser ihrem Körper hatten Frauen kaum Besitz als Tauschmittel auf dem freien Liebesmarkt anzubieten. Mit dem Einzug der romantischen Liebe im 19. Jahrhundert erfolgte auch die enge Verknüpfung zwischen Heirat und Monogamie, d.h. dass Sex in der Ehe zu erfolgen hatte (zumindest für die Frau). Das mag auch eine Ursache für das bis heute anhaltende «Huren»-Stigma sein: Frauen, die ausserehelichen Sex hatten, waren eine Bedrohung – denn sie tauschten ihre «Ware» gegen Geld und nicht gegen Heim und Familie. Diese Idee beeinflusst uns bis heute, indem die Ideal-Beziehung immer noch als romantische Zweierbeziehung gelebt werden soll und Verstösse dagegen oft strikt geahndet werden.

Besonders beeindruckend ist, wie aufgezeigt wird, wie stark unsere Gefühle durch unsere Sozialisierung geprägt sind und wie viele Gefühle wir so ausleben, wie wir es gelernt haben – aber eventuell so nicht tun würden, wenn wir uns der anderen Möglichkeiten bewusst wären. Diese Aha-Erlebnisse sind einerseits witzig aber haben durchaus emanzipatorischen Charakter. Wieso ich als Frau für einen Mann koche und mich dann ärgere, dass sich dieser nicht für meinen Tag interessiert, scheint banal und persönlich, ist es aber nicht, im Gegenteil: Der Treibstoff des Patriarchats ist gemäss der schwedischen Politikwissenschaftlerin Jonasdottir die ungleiche Verteilung der Fürsorge-Arbeit – Frauen werden darauf sozialisiert, ein grosses Mass mehr an Fürsorge zu geben; Männer sind gewohnt aus dieser Fürsorge ihren Mehrwert zu ziehen. Eine biologistische Verallgemeinerung? Vielleicht, aber darüber nachzudenken lohnt sich, dann wird auch klar, dass oben genannter Konflikt eben gerade alles andere als privat ist sondern hochpolitisch.



Da kann man sich fragen: Was soll Liebe überhaupt? Das Buch endet versöhnlich. Liebe passt schon, wenn sie nicht egoistisch ist und wir unsere Gefühle respektiv unsere Sozialisierung, die uns zu dem macht, was wir sind, kritisch reflektieren können. Durch Kontrolle können wir nicht mehr Liebe erfahren, im Gegenteil: Gerade durch den Kontrollverlust kommen wir in Kontakt mit anderen – whatever love means..

Liv Strömquist: Der Ursprung der Liebe, avant-Verlag, 2018.



kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

jahresabo 30 fr.
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl



info@aufbau.org oder www.aufbau.org

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.